Nr. 48. + 27. Jahrgang. Berlin, 29. November 1919.

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1,50 Mk. Arbeitervermittlungen 75 Pf. Verbandsanzeigen 50 Pf.

Der internationale Holzarbeiterkongreß.

Neun Jahre sind verflossen, seitdem zum letzten Male die Vertreter der Holzarbeiter-Verbände der verschiedenen Länder zusammenkamen, um über gemeinsame Interessen zu beraten und das Band, das die Organisationen umschließt, die „Internationale Union der Holzarbeiter" fester zu knüpfen. Als die Delegierten am 6. September 1910 in Kopenhagen voneinander schieden, hat keiner geahnt, daß eine so lange Zeit verstreichen würde, bis wiederum eine internationaler Kongreß der Holzarbeiter stattfinden könne. Man hat damals in Aussicht genommen, drei Jahre später, im Anschluß an den für das Jahr 1913 in Wien geplanten internationalen Arbeiterkongreß einen Holzarbeiterkongreß abzuhalten und hat diesen dann auf ein weiteres Jahr verschoben, als jener auf das Jahr 1914 vertagt war. Für den internationalen Holzarbeiterkongreß in Wien, der für die Zeit vom 20. bis 23. August 1914 einberufen war, waren alle Vorbereitungen getroffen; da kam der Krieg, der nicht nur den Kongreß unmöglich machte, sondern in seinem Verlauf die ganze Welt in ein Meer von Elend stieß.

Ob die Internationale Union der Holzarbeiter den Krieg überdauert hat? In ihren äußeren Formen ist die Organisation erhalten geblieben. Der internationale Sekretär hat an seinem Posten ausgeharrt. Während der ganzen Dauer des Krieges hat er das „Bulletin" der Internationalen Union herausgegeben und durch die Vermittlung der Neutralen auch an die Organisationen in den feindlichen Ländern versandt. Die Beiträge an die Internationale Union sind von den angeschlossenen Verbänden in den mit Deutschland verbündeten und den neutralen Ländern regelmäßig bezahlt worden. Die Internationale Union hat also funktioniert. Aber ein direkter Verkehr mit den Kollegen in den Ententeländern war unmöglich. Von einer Beitragsleistung konnte schon im Hinblick auf die geltenden strengen Gesetze keine Rede sein. Unseres Wissens sind in der Kriegszeit auch keine Briefe gewechselt worden. Die Frage, ob der Abbruch der Beziehungen auf jener Seite freiwillig erfolgte oder ob er nur durch den Kriegszustand erzwungen war, ist noch offen. Immerhin kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Internationale Union der Holzarbeiter die Kriegsstürme überstanden hat, und nunmehr soll ihr neues Leben eingehaucht werden.

Am 8. Dezember wird der sechste Internationale Kongreß der Holzarbeiter in Amsterdam zusammentreten. Gelegentlich des Internationalen Gewerkschaftskongresses, der im Juli d. J. in Amsterdam tagte, hat der Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter, Kollege Leipart, an den Vorsitzenden des Niederländischen Möbelarbeiter-Verbandes, den Kollegen Woudenberg, das Ersuchen gerichtet, die Einberufung zu übernehmen, und dieser hat sich in dankenswerter Weise dieser Aufgabe unterzogen. Auf ein Rundschreiben, das er im September versandt hat, sind soviel Zustimmungserklärungen eingegangen, daß das Zustandekommen der Konferenz gesichert erscheint. Nach den vorliegenden Mitteilungen werden auf der Konferenz vertreten sein Organisationen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden; auch aus Argentinien liegt eine Anmeldung vor.

Die vorläufige Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Eröffnung des Kongresses; 2. Wahl des Bureaus; 3. Mandatsprüfung; 4. Festsetzung der Geschäftsordnung; 5. Bericht des Internationalen Sekretärs und des Kassierers; 6. Wahl einer Kommission zur Beratung eines neuen Statuts; 7. Wahl des Landes, in dem die Internationale Union bis zum nächsten Kongreß ihren Sitz haben soll; 8. Neuwahl des Vorstandes; 9. Beratung eventueller Anträge der angeschlossenen Verbände; 10. Bestimmung des nächsten Kongreßortes.

Das Zustandekommen des Internationalen Holzarbeiter-Kongresses ist mit Freuden zu begrüßen. Besonders erfreulich ist es, daß die Kollegen aus Belgien, England und Frankreich ihre Teilnahme zugesagt haben. Wir wissen noch nicht, ob der Haß gegen Deutschland, der in den Ententeländern Orgien feiert, auch bei unsern Berufsgenossen in jenen Ländern Wurzel geschlagen hat. Für uns und für die Gesamtheit der deutschen Holzarbeiter können wir sagen, daß uns diese Haßgefühle fremd sind und auch während des ganzen Krieges fremd waren.

Wir haben im Felde den Angehörigen der anderen Organisationen als Feinde gegenübergestanden. Das geschah in Erfüllung einer höheren Pflicht. Gegen unseren Willen und trotz unseres leidenschaftlichen Protestes ist der Krieg ausgebrochen. Von einer Untersuchung darüber, wer die Schuld daran trägt, kann hier abgesehen werden. In dem Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland sich als Urheber des Weltkrieges bekennen müssen. Das ist ein erpreßtes Geständnis und hat als solches keine Beweiskraft. Tatsache ist aber, daß Deutschland und seine Verbündeten, das heißt die damals bei uns herrschenden Gewalten, ein gut Teil der Schuld an der furchtbaren Katastrophe tragen, von der die Welt heimgesucht wurde. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Machthaber in Frankreich und England unschuldig wären. Unschuldig sind aber die Völker auf beiden Seiten, welche die ganzen Lasten und Opfer des Krieges zu tragen hatten, und die noch lange darunter zu leiden haben werden.

Wir in Deutschland haben die Waffen getragen zum Schutz unseres Vaterlandes, und in der gleichen Weise haben die Völker auf der anderen Seite ihre Heimat geschützt. Schon in den ersten Monaten des Krieges, als unsere Herrschenden sich bemühten, den Haß gegen die Feinde im deutschen Volk aufzustacheln, ist an dieser Stelle betont worden, daß man auf beiden Seiten überzeugt ist, einen gerechten Krieg zu führen, den zu unterstützen die patriotische Pflicht eines jeden Angehörigen der Nation ist. Wenn es schon nicht möglich war, so schrieben wir damals, den Krieg zu verhüten, so wollen wir wenigstens danach trachten, daß er ohne Haß geführt werde. In dieser Hinsicht haben wir unsere Ansichten während der ganzen Kriegsdauer nicht geändert. Wir waren uns stets bewußt, daß es unsere Brüder waren, gegen die wir kämpfen mußten, und wir haben mit Sehnsucht des Tages geharrt, an denen wir ihnen wieder die Hand drücken konnten. Nun steht dieser Augenblick bevor. Aus der Tatsache, daß die Berufsgenossen aus den bisher feindlichen Ländern sich wieder zu gemeinsamer Friedensarbeit zusammenfinden, darf man schließen, daß unsere Kollegen in den anderen Ländern von ähnlichen Gefühlen beseelt sind wie wir.

Der Internationale Holzarbeiter-Kongreß wird eine erneute Bekräftigung der Tatsache werden, daß die Arbeiter aller Länder Brüder sind, daß sie gemeinsame Interessen haben, und daß sie zusammenstehen müssen im Kampf gegen die Kapitalmacht. Diese Macht ist durch die im Gefolge des Krieges einherschreitende Revolution erschüttert, aber sie ist nicht gebrochen. Fester Zusammenhalt der Arbeiter im eigenen Land und treue Brüderschaft mit den Arbeitern in den anderen Ländern sind unumgängliche Voraussetzungen für den Erfolg des proletarischen Befreiungskampfes. Der Kapitalismus, dieser mächtigste Feind der Arbeiterschaft, muß von den verschiedensten Seiten angegriffen werden. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist ein wichtiger Bestandteil in dem Befreiungskampf des Proletariats.

In erster Linie und am nachdrücklichsten muß dieser Kampf auf nationalem Boden ausgefochten werden; gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft im eigenen Lande müssen wir uns zunächst wenden. Aber der Feind, gegen den wir uns wehren, ist international, die Landesgrenzen hindern ihn nicht, seine Fangarme auszustrecken. Deshalb verbrüdern wir uns mit unseren Arbeitsgenossen in den anderen Ländern. Wir treffen mit ihnen Verabredungen über einheitliche Kampfmethoden. Das Band der Solidarität soll die Arbeiter und besonders die Arbeiter des gleichen Berufs, in allen Ländern umschlingen. Wir wollen zusammenstehen und dadurch gegenseitig unsere Kraft stärken.

Diesem Gedanken der internationalen Solidarität soll auch der bevorstehende Kongreß der Holzarbeiter Ausdruck geben. Die Internationale Union der Holzarbeiter wurde vor 15 Jahren gegründet. Auf dem dritten Internationalen Holzarbeiterkongreß, der im August 1904 in Amsterdam tagte, ist sie ins Leben gerufen worden. An derselben Stelle soll sie erneuert, womöglich auf eine noch solidere Grundlage gestellt werden als seither. Es ist möglich, daß sich Schwierigkeiten auftun, aber wir sind überzeugt, daß es gelingen wird, etwaige Gegensätze auszugleichen. War die Internationale Union durch den Krieg in ihrer Wirksamkeit gehemmt, so werden nun die Voraussetzungen für ein um so erfolgreicheres Wirken geschaffen werden. Wir begrüßen den Internationalen Kongreß, wir hoffen, daß er gute Arbeit leisten und dazu beitragen wird, die schweren Wunden zu heilen, die der Krieg den Völkern geschlagen hat.

Masuren und Ermland.

Zu den Gebieten, die laut Friedensvertrag durch Abstimmung entscheiden sollen, ob sie bei Deutschland bleiben oder einem neuen Lande angehören wollen, gehört auch der südliche Teil Ostpreußens, vorwiegend der Regierungsbezirk Allenstein mit seinen engeren Teilen „Masuren und Ermland".

Wenig ist dieser reizende Strich unseres Landes einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Doch haben in den letzten Jahren, insbesondere nach der Schlacht in Masuren im Jahre 1915, viele den Weg zunächst einmal aus Neugierde hierher gefunden und haben seitdem dies stille, träumerische, von zahllosen Seen und herrlichen Waldungen durchzogene Ländchen in ihr Herz geschlossen.

Hören wir, was ein guter Kenner, der Bezirksgeologe Dr. von Wichdorff (Berlin), in seinem Buch „Masuren, Skizzen und Bilder von Land und Leuten" (Union, Deutsche Verlagsgesellschaft) über diesen Teil Deutschlands sagt:

„Ostpreußen ist mir im Laufe der Jahre gewissermaßen zur zweiten Heimat geworden, und manche frohe Stunde hat mir Masuren lieb und wert gemacht. Wenn in dem vorliegenden Buch in der sonst objektiven Darstellung ein warmer Unterton hervortritt, so mag man dies als Ausdruck treuer Anhänglichkeit an das schöne Land Masuren und seine Bewohner dahinnehmen."

Und mit Recht. Dieser Strich trägt wohl keine himmelhohen Berge. Noch sind in seinem Innern Gold, Erz oder Kohlenlager. Doch in diesem Ländchen der tausend Seen, der jahrhundertealten Wälder, den ausgedehnten Äckern finden Mensch und Vieh ihre auskömmliche Nahrung, und weitere Teile unseres Vaterlandes werden von seinem Überfluß versorgt. Es soll jedoch nicht Aufgabe sein, an dieser Stelle die Produkte des Landes aufzuzählen, sondern auf das Eigentliche des Tages, „auf die bevorstehende Abstimmung" hinzuweisen.

In wenigen Wochen oder Monaten soll es sich entscheiden, ob wir beim deutschen Vaterland bleiben oder einem anderen Staat angehören wollen. Diese Frage beschäftigt Tausende von Menschen beiderlei Geschlechts. Eine stumme Frage bei jedem Zusammentreffen. Wie wird's?

Zwar ist unser Vaterland zerzaust. Mit blutenden Wunden kehrte der Riese heim aus dem jahrelangen gewaltigen Ringen, in das ihm eine gewissenlose Clique hineingehetzt hatte. Doch todwund ist er nicht. Nach und nach wird die Erholung kommen. Langsam aber sicher wird er den Gebrauch seiner Glieder von neuem beherrschen.

„Es wird schon werden!" so heißt's in jedem Bauernhaus, in jeder Köhler- und Holzarbeiterhütte, in jeder Instmannskate. Im neuen Deutschland, das wir so aufbauen wollen und müssen, daß gleiches Recht für „alle" gilt, werden wir für unsere Kinder und Kindeskinder eine Zukunft schaffen, die besser wird, als die unsrige war. Zu sehr, zu kraß schleicht der Jammer jenseits der Grenze zu uns. Unsere weiten Felder hallen allherbstlich von dem wunden, todmatten Gesang der armen Menschen wider, die die Not zu uns trieb. Die bei unmenschlicher Nahrung sich einige Groschen verdienen, um in ihrer Heimat den Winter über „auf und in den Ofen" zu verbringen, wie es in Polen heißt, da es an warmer Kleidung und Betten mangelt.

Wer sah nicht schon einmal das unruhige, ängstliche, flackernde Feuer in den Augen dieser vor Frost zitternden Gestalten? Wer nicht schon einmal diese Mütter, die, mit ihren Kindern auf dem Rücken gebunden, endlose Wege von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt wandern, schließlich an irgendeiner Straßenecke zusammenbrechen, das Weib, das einzige, was ihnen in diesem Jammerdasein ein wenig Licht bringt, mit letzter Kraft an die Brust pressend? Daheim aber der kranke, siche Gatte, auf ärmlichem Lager wartend, den strengen Winter vor sich, ohne Heizung und Nahrung.

Und wer sah nicht schon einmal diese armen entrechteten Menschen sich in den Straßenschmutz vor einer Kutte zu Boden werfen, und wer nicht diese Geschöpfe vor der Peitsche eines Junkers in ihrem Vaterlande zittern?

Sollen wir vielleicht zu solchen Zuständen zurückkehren? Das kann und darf nicht sein! Doch möge das übrige Vaterland sich endlich einmal von diesem Glauben losreißen, der in den Worten sich widerspiegelt: „Wo sich aufhört das Kultur, fängt sich leben an Masur". Gewiß, jahrzehntelang ist dies von träumerischen Wäldern, von lieblichen Seen durchzogene Ländchen nicht beachtet worden, doch viele, sehr viele, die aus dem rasenden, jagenden Erwerbsleben hierher geflüchtet sind, hier die erhoffte Ruhe findend, werden bestätigen können, daß die Bewohner, unbeschadet der Spöttereien, infolge ihrer Intelligenz, ihrem Bildungs- und Wissensdrang folgend, auf eine Kulturstufe gelangt sind, die sie weit über den östlichen Nachbar erhebt.

Nichts trennt den Masuren und den Ermländer vom übrigen Reich, und stolz geht besonders in diesen Tagen das Wort von Mund zu Mund:

„Durchtönt von deutschen Zungen,
Vom deutschen Volk benannt,
Vom freien Geist durchdrungen,
Bleibst du ein deutsches Land."

Die Arbeiter insbesondere wissen, um was es sich am Tage der Abstimmung handelt. Und nicht umsonst werden sie vor einem Jahr die Klassenherrschaft abgeschüttelt haben, um jetzt

vielleicht „freiwillig“ unter die Herrschaft von Pfaffen und Junkern, wenn auch einer anderen Zunge, sich zu stellen.

Die Arbeiter Masurens und Ermlands kennen die gähnende Leere jenseits der Grenze, wo die Armut mit jedem Sonnenauf- und -untergang größer wird. Wo das Proletariat unter Zuständen ächzt, die nur in diesen weiten, öden Steppen sein können.

Mit starker Hand werden sie auch den letzten Rest der Vorherrschaft einer Klasse von sich abschütteln, aber freiwillig sich unter ein Joch stellen, das sie um 100 Jahre in der Kultur zurückwirft, das werden sie nicht!

Und es ist, als senke sich düster der herbstliche Nebel auf die wildbewegten Seen und die dunklen Forsten. Schützend lagern sich seine Schwaden über die Landschaft. Trauernd verhüllt die Natur ihre Reize vor dem begehrlichen Nachbar jenseits der Grenze.

Ein heimliches, düsteres Raunen geht durch die Jahrhunderte alten Wälder, als begriffen diese stummen Riesen den Ernst der Stunde, neigen sie zueinander das Haupt.

Durch ihre dichten Kronen geht ein schmerzliches Zittern. Wir sahen die Menschen kommen und gehen. Leid und Freud' hüllten wir in unsere feierliche Stille, und mancher, des Herz übervoll war, fand den Weg zu uns in unsere herrliche Ruhe. Wir sahen sie kommen, diese unbeholfenen Geschöpfe mit einem Schmerz, der ihre Herzen zu zerreißen drohte, aber auch solche, die jauchzend uns ihre Freude offenbarten. Uns hat eine deutsche Hand gepflanzt, gehegt und gepflegt vor den Unbilden der Witterung und dem Vernichtungswillen der Tiere des Waldes.

Wie oft lauschten wir im sommerlichen Abend, wenn die Natur zum Schlaf sich neigte, dem Gesang einer frohen Schar. Mächtig scholl es von deutscher Liebe und Treue über die spiegelglatte See zu uns herüber, und schweigend sahen wir dem Treiben der Jugend in unserer Mitte zu.

Wie oft scholl es bis in unsere tiefsten Tiefen von einem kräftigen, rotbackigen Masurenjungen das alte Masurenlied:

Wild flutet der See;
Drauf schaukelt der Fischer den schwankenden Kahn.
Schaum wälzt er wie Schnee
Von grausiger Mitte dem Ufer hinan.
Wild fluten die Wellen auf Vaterlands Seen, wie schön!
O tragt mich auf Spiegeln zu Hügeln,
Masowias Seen!
Masowialand, mein Heimatland,
Masowia lebe, mein Vaterland!

Und nun soll es anders werden? A. Quallo (Ortelsburg).

Volkshochschulen.

„Wissen ist Macht!“ Dieses von einem der bekanntesten Führer der deutschen Arbeiterklasse geprägte Wort ist zum Palladium geworden in unserer Agitation. Ohne fortgesetztes Streben nach Erkenntnis, nach Vervollkommnung unseres Wissens, ohne Vertiefung der Anschauungen von der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, ihrer politischen und wirtschaftlichen Struktur und der damit verbundenen Klassenkämpfe kann die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Mission und die ihr gestellten Aufgaben nicht erfüllen.

Und auch die Gewerkschaften müssen Sorge tragen, daß die gewonnenen neuen Mitglieder nicht an der Oberfläche haften bleiben, daß aus ihnen Führer erstehen, die die Bedeutung des Wissens und der Erkenntnis voll erfaßt haben. Aber nicht allein das Wissen genügt, auch rednerische Begabung ist notwendig, um leitende Stellen in den Organisationen ausfüllen zu können. Je mehr der Redner sein Thema beherrscht, sich frei hält von seichtem Redegeplätscher, um so eher wird er die Zuhörer überzeugen, sie zu tüchtigen Mitkämpfern machen. Darauf beruht das ganze Wesen unserer Agitation. Nicht zu „Gelehrten“ sollen unsere Mitglieder werden, aber sie sollen dem Born der Gelehrsamkeit, des wahren Wissens nähergebracht werden; sie sollen daraus schöpfen lernen.

Mit dem Namen Hochschulen bezeichnet man Lehrstätten höherer Art, „hohe Schulen“ für Gelehrte und Künstler im Gegensatz zu den „niederen“ Volksschulen, den Lehrstätten für die breiten Volksmassen. Die höchste Staffel bilden die Universitäten und Kunstakademien, ihnen folgen die Gymnasien, Lyceen, Realschulen. Handelshochschulen und technische Hochschulen tragen dem Verlangen nach mehr praktischer Ausbildung Rechnung.

Im kapitalistischen Zeitalter war nicht die Befähigung das Entscheidende bei der Frage, nach welcher Richtung sich die Ausbildung des jungen Staatsbürgers zu bewegen habe, sondern ob die Kosten dafür aufgebracht werden konnten. Da der Geldsack ausschlaggebend, waren Söhne und Töchter des Proletariats, und zeigten sie eine noch so gute Befähigung, davon ausgeschlossen. Freie Bahn dem Tüchtigen soll nun nach Ausbruch der Revolution mehr und mehr zur Geltung kommen; die Besetzung höherer Staatsstellen soll nicht mehr von der Geburt und einem großen Vermögen abhängig sein. Das während des Krieges von einem hohen Staatsbeamten geprägte Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ war nur ein Schlagwort, jetzt muß es zur Wirklichkeit werden. Bis zu deren Erfüllung ist aber noch ein weiter Weg bei unserer schweren finanziellen Bedrängnis. Es ist ein anderer Ausweg gefunden worden, um dem Bildungsbedürfnis der breiten Volksmassen Rechnung zu tragen, und zwar durch die Errichtung von Volkshochschulen.

Bei der Eröffnung der Volkshochschule in Neukölln hielt der sozialdemokratische Ministerpräsident Preußens, Paul Hirsch, einen Vortrag über „Kulturpolitik und Gemeinde“, in dem er hervorhob, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter keineswegs dem Wahn hingegeben haben, daß die Beseitigung der Bildungsgegensätze allein auch die Beseitigung der sozialen Gegensätze bedeute. Um so höher aber sei ihr Streben nach Wissen zu bewerten. Eine selbstverständliche Begleiterscheinung der Demokratie sei es, daß das Wissen nicht auf wenige bevorzugte Kreise beschränkt bleibt, sondern daß es zum Eigentum des gesamten Volkes wird. Das ist der Kern der Kulturpolitik, die uns aufwärts führt im Sinne des Ausspruchs Wilhelm Liebknechts: „Wissen ist Macht!“ Dieses Wissen darf aber kein einseitiges sein, vorurteilsfrei soll der Lernbegierige an die Stätten der Wissenschaft und Kunst herangeführt werden. Es ist schon richtig, was Minister Hirsch weiter sagte, daß jede wirkliche Demokratie, gleichviel ob bürgerlich oder sozialistisch, es mit Freude begrüßen wird, wenn Anhänger aller politischen Parteien sich zusammenschließen zu einer Kulturgemeinschaft, die dem Volk Bildung und Wissen übermitteln will.

Schon seit einer Reihe von Jahren sind die „Humboldt-Hochschule“ und die „Lessing-Hochschule“ in Berlin bemüht, auf dieser Basis die Lernbegierigen der unteren Volksschichten zu ganz geringem Preis in andere Wissensgebiete einzuführen, als sie ihnen in der Volksschule geboten wurden. Auch die „Urania“ fällt in diesen Rahmen.

In gleicher Weise will der Verein „Arbeiter-Hochschule“ wirken. Er bezweckt die Förderung und Verbreitung der Wissenschaft und des Volkshochschulgedankens unter den Arbeitern. Er ist politisch und religiös neutral. In Vorlesungen soll Männern und Frauen der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, große Gebiete der Wissenschaft unter selbständiger Mitarbeit der Hörer durch Anfragen, freie Aussprache und schriftliche Ausarbeitung kennenzulernen. Besonderer Vorkenntnisse zum Besuch der Vorlesungen bedarf es nicht.

Auch in München und Nürnberg sind solche Hochschu[len] schon eingerichtet worden oder im Entstehen begriffen. [In] Nürnberg soll eine Volkshochschule der „Freien Hochschule“ [an]gegliedert und besondere Ausbildungskurse für die Betrie[bs]räte in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisatio[nen] eingerichtet werden. Grundlage des Unterrichtsbetriebes [soll] die freie Arbeitsgemeinschaft sein, in deren Rahmen Angehör[ige] aller Parteien lehrend und lernend sich daran beteiligen könn[en]. Der Lübecker Senat bewilligte für die dortige Volkshochsch[ule] eine jährliche Beihilfe, die Stadtverordneten in Offenbach a. [M.] Gelder für den gleichen Zweck. In der ersten Hälfte des M[o]nats Oktober beschäftigte sich der „Erste Schleswig-Holsteini[sche] Volksbildungstag“ mit der Errichtung einer Universität [u.] Volkshochschule in Kiel.

Die erste Volkshochschule wurde in Rödding (Nordschl[es]wig) 1844 gegründet. Besonders griff diese Bewegu[ng] in den skandinavischen Ländern um sich, 1864 entstanden Vol[ks]hochschulen in Dänemark, 1868 in Schweden. In Dänem[ark] bestanden Ende des 19. Jahrhunderts bereits 70 derart[ige] Schulen. Auch die bäuerliche Bevölkerung nahm lebhaft[en] Anteil daran. In Berlin lehnte 1896 der akademische Sen[at] der Universität trotz eifriger Befürwortung vorurteilsfre[ier] wissenschaftlich gebildeter Männer eine Volkshochschule a[ls] eigentliche Universitätssache ab. Die herrschenden reaktionär[en] Geister wollten von einer „vorurteilsfreien Wissenschaft“ nich[ts] wissen. Es entstand als private Gründung der Verband d[er] Hochschullehrer in Verbindung mit der Zentralstelle für Volk[s]wohlfahrt.

Auch eine Reform des Kunstunterrichts an den künstlerisch[en] Hochschulen, den Akademien, wird angestrebt. Der Direktor d[er] Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums in Berlin, Pr[o]fessor Bruno Paul, fordert in einer unlängst erschienene[n] Schrift „Erziehung der Künstler an staatlichen Schulen“ ein[e] grundsätzliche Änderung in der Ausbildung vor allem der Bau[]künstler. Er verlangt für diese eine technische und handwer[k]liche Vorbereitung durch die Baugewerkschule und ihre Weiter[]bildung in der künstlerischen Abteilung der Einheitsschule, sta[tt] daß sie, wie bisher, mehrere ihrer kostbarsten Jahre auf de[m] Realgymnasium „versitzen“, um dort die „standesgemäße“ All[]gemeinbildung eingetrichtert zu bekommen. Diese Gedanke[n] der handwerklichen Vorbildung des zukünftigen Künstlers wurde von einem großen Teil der lernenden Kunstjugend mi[t] Begeisterung aufgenommen; zweifellos ein gutes Zeichen. Zum gleichen Zweck hat sich bald nach Ausbruch der Revolution de[r] „Rat der bildenden Künstler Münchens“ gebildet und als Pro[]grammpunkt hervorgehoben, daß die Kunst nicht Luxus und Ausnahmezustand sein darf, sondern daß sie das ganze Vol[k] und das tägliche Leben durchdringen, also nicht nur einzelnen, sondern allen erreichbar sein soll.

Daß Wissenschaft und Kunst vorurteilsfrei auch in natio[]naler Beziehung sein müssen, ist für uns selbstverständlich. Di[e] Werke der großen Geister aller Völker sind Gemeingut der Menschheit, und ist darum vorbildlich der Plan, in Kopenhagen eine internationale Volkshochschule zu errichten, eine Bildungs[]stätte für die Arbeiterschaft aller Länder. Unterrichtsfächer sollen sein fremde Sprachen, Geschichte, Soziologie und Gesund[]heitslehre. Die Schüler müssen in der Schule wohnen, der Unterricht ist unentgeltlich.

Nur wer zunächst sein Allgemeinwissen zu bereichern in der Lage ist, wird ein tüchtiger und brauchbarer Mitkämpfer im Befreiungskampf des Proletariats. Als Unterrichtsstätten für bestimmte politische und gewerkschaftliche Zwecke dienen Partei[]schulen und gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Sie werden durch die hier geschilderten Ausbildungsmöglichkeiten keines[]wegs überflüssig, im Gegenteil, erst dadurch werden sie viel mehr noch als bisher ihren wahren Zweck erfüllen.

Plastiken Kriegsgefangener.

Ein Atelierbesuch. Von Helmuth Redlow.

Rudolf Markuse, der im Oktober d. J. im Berliner „Künstlerhaus“ eine Kollektion seiner in deutschen Gefangenenlagern entstandenen Typen gegnerischer Kriegsgefangenen ausgestellt hatte (auch die Photographien dieser Kollektion liegen uns vor), hat sich damit als einer unserer besten Kleinplastiker gezeigt. Ein Einblick in seine Werkstätte dürfte unseren Lesern interessant sein.

Für jeden ernsten Kunstfreund, sei es ein Handwerker oder ein Arbeiter, sei es ein Bürger oder ein „Bourgeois“, ja, nicht zuletzt für den Schriftsteller jeglichen Genres wird ein Atelierbesuch bei den oft so drolligen Leuten der bildenden Kunst immer etwas Pikantes, nicht Alltägliches sein.

Auch ich hatte diese Empfindung, als mich der Zufall, von dem irgendein weiser Mann behauptet, er sei eine verschleierte Notwendigkeit, gelegentlich einmal in die Arbeitsstatt Rudolf Markuses führen ließ.

Dieser Berliner Bildhauer sitzt auf einem Fleckchen im Westen der großen Stadt, auf dem sich, wahllos gedrängt, Kunst und Gegenwartsleben im Stadtbild bunt vermählen und ein [illegible] Milieu bilden. Rechts vom hastig dahinfließenden [illegible] Stadtverkehr eine Synagoge, [illegible], und eine [illegible], lärmend, klirrend, Wohnhäuser mit blühenden Petunienkästen und Straßenlinden. Links davon ein Operettentheater — mit keineswegs schlechter Fassade —, ein [illegible]platz, und wieder Großstadtwohnhäuser mit blühenden Petunien und Straßenlinden. Hier in diesem Winkel träumt man verborgen, wie im Märchen, das [illegible], alte [illegible], wirklich romantisch im Anblick, wenn die Sommersonne den alten und jungen Efeu, der es wie eine [illegible] umhüllt, glänzen läßt und die [illegible] [illegible] am Portal [illegible].

[illegible] mit Fresken bemalten Wänden im [illegible] alle [illegible], und der [illegible] im [illegible] der Künstler. [illegible] ein willkommenes Lächeln [illegible] in der mit molligen Rekamieren, mit [illegible] und Büchern, mit einer reizenden Ampel in mattfarbenem Glas, wie aus Albrecht Dürers Zeiten, versehenen launigen Empfangsraum. Ein echter, rechter „Schmollwinkel“!

Aber nun, bitte, in die Werkstatt, Atelier genannt, eine Treppe tiefer gelegen!

Wie eine Ausstellung selber mutet sie fast schon an, diese Arbeitsstätte. Alle die Tonskizzen und Gipsmodelle auf den lose zusammenkomponierten Regalen und Brettchen und Unterlagen, ein gemütlicher Schreibtisch mit seinem kuriosen Kunterbunt und alle die übrigen mannigfachen und doch niemals kitschig überladenen Künstlerrequisiten, sie erweisen, jedes in seiner Art, ihre Notwendigkeit und Zugehörigkeit zu dieser Künstlerwelt.

Darf ich Sie nun einladen, verehrtester Kunstfreund, zur Besichtigung der „Völkertypen aus dem Weltkrieg“, gesammelt in deutschen Gefangenenlagern? Es lohnt sich in der Tat. „Farbenfrohe Modelle in farbenfrohem Material“, das war des Künstlers Losung.

Bitte zunächst einmal seine Holzplastiken!

In ihrer charakteristischen Behandlung vom gesunden Naturalismus bis zum Dekorativen sind sie liebenswert, und ich habe sie als dankbare Anerkennung, die „gute, alte“ Holzschnitzkunst, besonders begrüßt. Sehr fein gibt sich in Holz die Büste eines kraftvollen indischen Sikhs in Birnbaum, leicht getönt. Diese Kriegerkaste läßt an Bart und Haar keine Schere kommen, alle Strähnen sind geschickt unter dem Kinn zusammengeknotet. Dieser Inder zählt zu dem Besten aus Markuses Kollektion. Zwei Japaner wirken in Lindenholz, bei leichterer farbiger Übertönung, sehr belebend. In Ahornholz erfreuen uns ein Araber in weißem Staatsgewand, ein selbstbewußter, leichtgeschürzter Schotte, ein Russenpope, ein indischer Radschput, ein französischer Kolonialsoldat (Senegalneger), ein Marokkaner und ein frierender Russe in besonders flotter Manier und ausgezeichneter Erfassung des Holzcharakters.

Dem Marmor entsprechen in gleichfalls unmittelbarer Wirkung gut ein Algierneger und ein Tonkinese.

Und nun die Bronzen!

Hier sei an erster Stelle der Kopf eines unverheirateten Marokkaners in typischem Profil genannt. Daß jener junge Herr tatsächlich noch zu haben ist, beweist seine einzige Locke über dem rechten Ohr. Hinzugefügt sei, daß auch diese Locke verschwindet und einen gänzlich kahl geschorenen Schädel hinterläßt, sobald der junge Herr eine marokkanische Schöne unter die Haube bringt. Einen besonders geistvollen Kopf gibt uns Markuse im plastischen Abbild eines Australiers. Zu dieser Bronze saß als Modell ein in englischen Kreisen erzogener schwarzer Ingenieur. Betrachtenswerte schöne Studien bieten auch die übrigen Bronzen, so ein Rumäne mit echtem Hunnengesicht, ein lockiger Somalineger, von dem Markuse erzählt, daß er seine Locken nachts um Streichhölzchen wickelt, um tagsüber „schön“ zu scheinen, und einige andere prächtige Negerköpfe.

Von Bronzestatuetten gefallen ein französischer Alpenjäger und ein Italiener, ein Tscherkesse und ein Turko.

Alle diese Modelle zu diesen Plastiken waren Kriegsgefangene. Und doch nicht, wie unsere eigenen kriegsgefangenen Brüder, mit dem Leidenszug im Gesicht und der Sehnsucht nach der Heimat.

Ein Beispiel! Betrachten Sie, bitte, nur einmal diesen vorher erwähnten indischen Radschput. Steht er nicht da, edel und stolz, als befände er sich nicht in fremden Landen, fern der Heimat? Und den Eindruck machen sie fast alle, diese Söhne fremder, mit uns im Krieg gewesenen Völkerschaften. Mit tiefem künstlerischen Empfinden sind ihre individuellen Lebensarten abgelauscht. Und das ist es ja, was uns Markuses Kriegsarbeit so lieb und zugleich so „zeitlos“ macht zu einer Zeit, wo die Gegensätze der Völker noch immer nicht ausgeglichen sind. Wir danken dem Künstler, daß er so aufrichtig echt künstlerische Loyalität bewahrt hat.

Er führt mich lächelnd weiter, trotzdem ihm als sich neutral gebenden Künstler die Revolution und mit ihr der Zusammenbruch der alten Machthaber ein schmerzlich-derbes Fiasko gebracht haben. Seine Arbeiten waren [illegible] vom alten preußischen

Forderungen im Interesse der Unfallverhütung.

Aus den Kreisen der Maschinenarbeiter wird uns geschrieben:

a. h. Durch die Einführung und Ausbreitung der Arbeitsmaschinen, die in der Holzindustrie nicht mehr entbehrlich sind, ist dem Arbeiter eine große Gefahr erstanden. In dem Maße, wie die Zahl der in Betrieb gesetzten Maschinen stieg, stieg auch die Zahl der sich an ihnen ereignenden Unfälle. Die Bedienung der Holzbearbeitungsmaschinen erfordert ein außerordentliches Maß von Umsicht und Geschicklichkeit seitens der an diesen Maschinen beschäftigten Arbeiter. Leider hielt die Ausbildung der Maschinenarbeiter mit ihrer Vermehrung nicht gleichen Schritt. Der gewaltige Aufstieg der Holzindustrie und die immer vermehrte Inbetriebsetzung von Maschinen hatten zur Folge, daß der gelernte Arbeiter fast ganz von dem angelernten oder ungelernten Arbeiter verdrängt wurde. Und hierin besteht die Gefahr.

Die Anlernung der Maschinenarbeiter geschieht nicht mit der notwendigen Vollkommenheit und Gewissenhaftigkeit. Schulen oder Anstalten, wo eine systematische Ausbildung solcher Arbeiter vorgenommen werden müßte, bestehen bis heute noch nicht, und die Unternehmer haben kein Interesse an einer längeren und guten Ausbildung. Im Gegenteil, die primitivsten Unterweisungen müssen genügen. Soll doch der Arbeiter möglichst schnell im Produktionsprozeß Verwendung finden. Oftmals auch werden Arbeiter ohne jegliche Vorkenntnisse an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt. Mit den Einrichtungen und der Gefährlichkeit ihrer Maschine nicht im geringsten vertraut, werden diese Unglücklichen dann in ganz kurzer Zeit das Opfer eines gräßlichen Unfalls. Fast immer sind sie dann für ihr ganzes ferneres Leben in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt, sehr oft sogar hilflose Krüppel.

Angesichts dieser Tatsachen sollte man erwarten, daß alles getan wird, um eine möglichst große Betriebssicherheit zu erreichen. Zum Beispiel: Schaffung von geräumigen, hellen und gesunden Arbeitsräumen. Anwendung geeigneter Schutzvorrichtungen usw. Wie aber sieht es auf diesem Gebiet aus?

Die Berufsgenossenschaften haben hier ganz und gar versagt. So ist die Zahl der von den Berufsgenossenschaften angestellten Aufsichtsbeamten so gering, daß es unmöglich ist, eine nutzbringende Betriebsaufsicht auch nur annähernd auszuüben. Die Berichte der Berufsgenossenschaften enthalten hierüber erschreckende Zahlen. Die Berufsgenossenschaften wären verpflichtet gewesen, die infolge des Kriegsdienstes ausscheidenden Aufsichtsbeamten durch Neueinstellung zu ergänzen. Aber es wäre auch Pflicht des Reichsversicherungsamtes gewesen, auf Grund des § 875 der Reichs-Versicherungsordnung die Anstellung einer dem Bedürfnis entsprechenden Zahl von Aufsichtsbeamten zu verlangen. Nichts ist geschehen! Zu der völlig ungenügenden Betriebsaufsicht kamen noch die teilweise Aufhebung von Arbeiterschutzbestimmungen und der durch die Verhältnisse bedingte Umstand, daß immer mehr und mehr ungelernte und berufsfremde Arbeiter in den Betrieben beschäftigt werden mußten. Hierdurch wurde natürlich wieder die Betriebssicherheit ungünstig beeinflußt, und eine ungeheure Unfallhäufigkeit war die Folge.

Die Berufsgenossenschaften sind neuerdings bemüht, die Zahl der Überwachungsbeamten wieder auf eine „dem Bedürfnis entsprechende Höhe" zu bringen. Wenn darunter die Höhe wie vor dem Krieg verstanden werden soll, dann ist darin eine Gewähr für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auch für die Zukunft nicht zu erblicken. Um eine wirkliche Besserung dieser tief traurigen Zustände herbeizuführen, bedarf es anderer Mittel. Diese größte aller Unfallursachen, die mangelhafte und ungenügende Betriebsaufsicht, kann wirksam nur bekämpft werden durch eine wesentliche Vermehrung der Überwachungsbeamten. Die Zahl der Kontrollbeamten muß so groß sein, daß es möglich ist, jeden Betrieb alljährlich und, je nach Revisionsbedürftigkeit, einzelne Betriebe wiederholt einer Revision zu unterziehen. Immer dringender erscheint die Forderung der Arbeiter nach Vermehrung der Aufsichtsbeamten, immer berechtigter die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren. In ganz kurzer Zeit schon würde sich der günstige Einfluß der Arbeiterkontrolleure bemerkbar machen. Der Arbeiter ist durch seine praktischen Erfahrungen besonders geeignet, Übelstände in den Betrieben zu erkennen. Er wird sich nicht so leicht von einem Unternehmer düpieren lassen und Unfallgefahren leichter erkennen und besser zu begegnen wissen, weil ihm diesbezügliche persönliche Erfahrungen zur Seite stehen.

Der von den Berufsgenossenschaften erhobene Einwand, daß die Einrichtungen und die Arbeitsmethoden in den einzelnen Betrieben ganz verschieden wären, ist nicht stichhaltig. In der Holzindustrie besteht eine so große Verschiedenartigkeit der Betriebe nicht. Ob hier der einzelne Betrieb eine Tischlerei oder Holzbearbeitungsfabrik, ob Pianomechanik- oder Klaviaturfabrik, ob es sich um Stellmacherei, Kistenfabrik, Waggonfabrik oder um einen Betrieb für landwirtschaftliche Maschinen handelt, die Arbeitsweise ist in der Hauptsache die gleiche. Ebenso kann das Erkennen der Unfallgefahren bei den Motoren und Transmissionen für den erfahrenen Praktiker keine Schwierigkeit verursachen. Es mag sein, daß in manchen Industriezweigen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren schwierig ist und bedenklich erscheinen mag; für die Holzindustrie trifft dieses nicht zu, und die von den Holzberufsgenossenschaften geltend gemachten Einwände gegen die Forderung, Betriebskontrolleure aus den Kreisen der Maschinenarbeiter anzustellen, können von der Arbeiterschaft nur als billige Ausreden angesehen werden.

So ist es zum Beispiel durchaus nicht zutreffend, daß die Maschinenarbeiter in ihren praktischen Erfahrungen einseitig sind. Der Umstand, daß diese Arbeiter nicht nur an einer Maschine, sondern fast immer an mehreren beschäftigt sind, und daß sie durch die Betätigung in den verschiedensten Betrieben die verschiedenartigsten Einrichtungen kennengelernt haben, käme ihnen bei der Revision besonders zunutze. Tatsächlich ist denn auch in der Praxis nicht selten der Fall eingetreten, daß die technischen Aufsichtsbeamten bestehende Mängel in einzelnen Betrieben nicht richtig einschätzten oder überhaupt nicht wahrnahmen. Von einsichtigen Beamten, auch solchen der Gewerbeinspektionen, wird diese Tatsache auch ohne weiteres zugegeben.

Die von den Gewerkschaften in Vorschlag zu bringenden Arbeiter werden als Betriebskontrolleure in der Lage sein, den Unternehmern in der Holzindustrie auch mit Ratschlägen zu dienen, denn von einem halbwegs selbständigen Maschinenarbeiter wird verlangt, daß er zur Lösung allgemeiner Fragen im Arbeitsprozeß imstande ist.

Nach Ansicht der Berufsgenossenschaften sollen die Zwecke, die wir durch die Arbeiterkontrolleure erreichen wollen, viel besser erreicht werden können, durch sogenannte Unfallvertrauensmänner. Diese Unfallvertrauensmänner, wie sie durch einen Beschluß des Verbandes deutscher Berufsgenossenschaften vom 12. April 1919 und durch eine Verordnung vom 23. Dezember 1918 sowie durch den Gesetzentwurf über die Betriebsräte vorgesehen sind, sind aber ganz und gar nicht geeignet, im eigenen Betrieb die Durchführung der Vorschriften wirksam zu betreiben. Im allgemeinen werden sich die Unternehmer nicht einverstanden erklären damit, sich von einem bei ihnen angestellten Arbeiter in den Betriebseinrichtungen kontrollieren zu lassen. Die Arbeiterschaft kann zu diesen Maßnahmen kein Vertrauen haben, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß Arbeiter, die im Interesse der Gesamtkollegen etwa vorhandene Übelstände besserten und sich für Beseitigung solcher einlegten, in ganz kurzer Zeit den Betrieb verlassen mußten. Der Unternehmer hat hierbei nicht nötig, den wahren Grund für die Entlassung anzugeben; um ein Mittel, solche offenbaren Maßregelungen zu verschleiern, ist er nicht verlegen. Aber selbst von der Einrichtung der vorgesehenen Betriebsräte kann eine wirksame Arbeit für die Betriebsaufsicht in bezug auf Unfallverhütung nicht erwartet werden. Ein zweckentsprechendes und ersprießliches Wirken zur Verbesserung des Unfallschutzes ist nur möglich, wenn der Kontrollbeamte in völlig unabhängiger Stellung zum Unternehmer steht.

Recht leichtfertig ist die Behauptung der Berufsgenossenschaften, die Arbeiter hätten an der Unfallhäufigkeit selber schuld, da sie in gleichgültiger, ja feindseliger Absicht die Unfallverhütungsvorschriften außer acht lassen, daß sie aus Leichtsinn und Unachtsamkeit die vorhandenen Schutzvorrichtungen nicht benutzen. Dem muß ganz entschieden widersprochen werden. Seit Jahren wird seitens der Gewerkschaft darauf hingewiesen, daß die Arbeiter die Vorschriften über Unfallverhütung streng einzuhalten haben. Mit steigendem Erfolg werden belehrende Vorträge gehalten, und die Arbeiter haben erkannt, daß es in ihrem eigensten Interesse liegt, das zu bekämpfen, was ihrer Gesundheit und ihrem Leben Gefahr bringt. Die steigende Unfallhäufigkeit hat nicht zur Ursache feindselige Haltung der Versicherten der Unfallverhütung gegenüber. Der Grund dafür ist außer in dem schon oben Gesagten vielmehr darin zu erblicken, daß es an wirklich praktischen Schutzvorrichtungen mangelt, daß oftmals keine Zeit gegeben ist, daß der Maschinenarbeiter die zu seiner Arbeit notwendigen Schutzvorrichtungen anbringen kann, weil die in den meisten Betrieben übliche Hast und Treiberei dieses nicht zuläßt.

Die größte aller Ursachen ist aber unbestreitbar in der völlig ungenügenden Betriebsaufsicht zu erblicken. Darin, daß unzählige Übelstände und Übertretungen in den erlassenen Bestimmungen für die Unfallverhütung ungesehen und unbeanstandet bleiben, liegt die wahre Ursache, daß die Unfallhäufigkeit solch schreckenerregende Formen annehmen kann. Diesen die Volkswohlfahrt schädigenden Zustand wollen wir beseitigen. Darum fordern die Maschinenarbeiter:

Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften, direkte Mitarbeit zur Verbesserung der Betriebssicherheit. Vermehrte Hinzuziehung sachkundiger Arbeiter zu der Beratung der Unfallverhütungsvorschriften. Vermehrung der Zahl der Überwachungsbeamten auf einer dem Bedürfnis entsprechenden Höhe. Anstellung von Arbeiterkontrolleuren aus den Kreisen der Maschinenarbeiter. Erweiterung der Vorschriften über die Anbringung von Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen und strengere Maßnahmen zur Durchführung dieser Vorschriften. Wiederholte und gründliche Revisionen der Betriebe alljährlich.

Die Maschinenarbeiter erheben den Anspruch der Mitarbeit in den Berufsgenossenschaften, um die Gestaltung der Vorschriften so zu beeinflussen, daß sie den Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht. Nur hierdurch ist es möglich, die Unfallursachen wirksam zu bekämpfen. Nur hierdurch ist die Gewähr geboten, die Unfallhäufigkeit auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Kriegsministerium übertragen worden. Deshalb auch saß der Unteroffizier Markuse und mit ihm sein getreuer Mitarbeiter P. Klaar, im Wünsdorfer und Merzdorfer Gefangenenlager, studierte Völker- und Rassenphysiologie und hatte dabei auch viel nette kleine Erlebnisse mit seinen vielsprachigen Modellen. Er versteht es ganz hübsch, darüber zu plaudern . . . . Zu plaudern, wie er jenen Sibirier, dem man den geborenen Verbrecher sofort ansieht, erst mit allen Mühen militärischer Instanzenwege aus dem schweren Arrest geholt hatte; wie jener Großrusse ihm mit hündischer Treue jeden Wunsch aus den Augen abliest, das Modellsitzen aber als Qual empfindet. Wie jener italienische Korporal ihn leidenschaftlich bittet, ihm einen Gipsabguß seiner Statuette für seine Familie zu überlassen, dem der deutsche Bildhauer natürlich gern nachkommt.

Alle diese Bildnereien waren für das Reichskriegsmuseum gedacht. Man wird nun behaupten, ihre Aktualität wäre verpufft, oder gequält sagen: verschont mich mit allen Niederschlägen vierjährigen Kriegslärms, nur keine schmerzlichen Erinnerungen mehr!

Gewiß, ein sehr berechtigtes Empfinden, das aber niemals zu falschen Härten, zu Irrungen verleiten sollte. Und deshalb, lieber Kunstfreund, wird es Ihnen gehen wie mir. Sie werden diese Werke nicht nur gern sehen, Sie werden sie als ehrlich-gesunde Kunst lieben, und — wie der belgische Dichter Emile Verhaeren so schön von der Frau in der Ehe sagt — sie nicht nur lieben, sondern auch bewundern. Ein jeder künstlerisch Empfindende muß sich herzlich freuen über so gut gelungene Meisterwerke und nicht in Kollision geraten mit Kunst und Krieg, mit Kunst und Kitsch. . . .

Rudolf Markuse ist weder Expressionist oder weltringender Aktivist, weder Naturalist noch Nationalist. Seine Kunst ist rein, ist eben nur Kunst, streng im Sinne eines Wendelmeider, eines Tuaillon, eines Adolf Brütt, und doch ist er Individualist geblieben.

So steht er heut da in der deutschen Bildhauerwelt, der Kleinplastiker Markuse!

Soziales.

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

D. Die am Schluß des in Nr. 42 veröffentlichten Berichts über die Verhandlungen des Ausschusses der Nationalversammlung ausgesprochene Hoffnung, daß die Beratungen des Ausschusses recht schnell zu einem guten Abschluß gelangen möchten, hat sich nicht erfüllt. Um jeden Paragraphen und Abschnitt, häufig sogar um das einzelne Wort, wird lange und hart gekämpft, wobei die Vertreter der bürgerlichen Mehrheitsparteien den erwarteten fortschrittlichen Gedanken völlig vermissen lassen. Die Handlungen überradikaler Eiferer geben den Vertretern aller bürgerlichen Parteien den gewünschten Anlaß, ihre Verschlechterungsanträge einzubringen. Über das Ergebnis der weiteren Beratungen des Ausschusses ist folgendes zu berichten:

Dem § 9 wird eine verständlichere und Mißdeutungen eher ausschließende Fassung gegeben. Er handelt davon, daß ein Gesamtbetriebsrat neben den Einzelbetriebsräten oder ein gemeinsamer Betriebsrat durch übereinstimmende Beschlüsse der Einzelbetriebsräte gebildet werden kann, wenn sich innerhalb einer Gemeinde oder wirtschaftlich zusammenhängender, nahe beieinanderliegender Gemeinden mehrere gleichartige oder nach dem Betriebszweck zusammengehörige Betriebe in der Hand eines Eigentümers befinden, oder wenn es sich um Betriebe öffentlicher Körperschaften handelt, die dem gleichen Dienstzweig angehören. Die Errichtung mehrerer gemeinsamer Betriebsräte muß erfolgen, wenn unter den Betrieben solche sind, in denen ein Betriebsrat nicht zu errichten wäre, weil die Zahl der in denselben beschäftigten Arbeitnehmer zu gering ist. Wenn eine wesentliche Vereinfachung des Geschäftsganges zu erreichen ist, ohne daß die Interessen der Arbeitnehmer dadurch geschädigt werden, kann ein Einzelbetriebsrat oder auch der Unternehmer beantragen, daß an die Stelle eines Gesamtbetriebsrates ein oder mehrere gemeinsame Betriebsräte für einzelne Gruppen mehrerer in einer Hand sich befindenden Betriebe treten.

Nach einem neuen § 9a wird ein Gesamtbetriebsrat aus der Mitte der Arbeiter- und Angestelltenmitglieder aller einzelnen Betriebsräte in geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gebildet.

Der § 10 der Vorlage wird entsprechend vorangegangener Beschlüsse mit den notwendigen Korrekturen angenommen. Er überläßt es bei Unternehmungen des Reichs, der Länder und der Gemeindeverbände, die sich über einen größeren Teil des Reichs- oder Landesgebiets oder über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, die Bildung von Einzel- und Gesamtbetriebsräten sowie die Abgrenzung ihrer Befugnisse der Verordnung durch die Reichs- oder Landesregierungen oder die Gemeindeverbände. Die Verordnung kann auch Bestimmungen darüber treffen, welche Bestandteile des Unternehmens oder der Verwaltung als besondere Betriebe zu gelten haben und demzufolge in bezug auf die Durchführung des Gesetzes auch für sich zu behandeln sind.

In § 11 wird bestimmt, daß in Fällen, wo ein Gesamtbetriebsrat gebildet wird, für diesen dieselben Rechte wie für die Einzel- oder gemeinsamen Betriebsräte gelten.

§ 12, Abs. 1 wird dem Sinne der Vorlage nach, wenn auch in veränderter Fassung, angenommen. Demnach werden die Mitglieder des Betriebsrates, welche Arbeiter sind, von den Arbeitern, welche Angestellte sind, von den Angestellten in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Sie bleiben solange im Amt, bis der neue Betriebsrat gewählt ist. Wiederwahl ist zugelassen. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten beantragt, anstatt zwei Jahre zu setzen: „ein Jahr", was jedoch von den bürgerlichen Vertretern geschlossen abgelehnt wurde.

Absatz 2 der Vorlage, der wollte, daß in Betrieben, in denen regelmäßig im Jahr mindestens zwei Monate hintereinander ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, erstens Betriebsräte für die Zeit zu errichten sind, in der mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden, und daß zweitens in den Betrieben, die in der stillen Zeit mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, ein neuer Betriebsrat während der Zeit errichtet werden muß, wenn die Zahl der Beschäftigten von den vorübergehend eingestellten Arbeitnehmern überschritten wird, wurde gestrichen, nachdem festgestellt war, daß der im ersten Teil gewollte Zweck schon im § 1 mit dem Wort „Regel" verwirklicht ist, unter dessen Begriff auch der Fall gehört, wenn regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt. Der zweite Teil dieses Absatzes sowohl als auch der 3. Absatz der Vorlage, der für einen kleineren, vorübergehend aber mindestens einen Monat im Jahr beschäftigten Teil der Arbeitnehmer ihren Anteil am Betriebsrat sicherte, wird durch einen neuen Absatz insofern geändert, als dann, wenn vorübergehend die Zahl der Arbeitnehmer in einem Betrieb auf mehr als das Doppelte steigt, sich aber mindestens um fünf vermehrt, von denen drei wahlberechtigt sind, dieser vorübergehend beschäftigte Teil der Arbeitnehmer in geheimer Wahl einen Vertreter zu dem etwa schon bestehenden Betriebsrat wählt. Wenn aber die Zahl der vorübergehend Beschäftigten hundert und mehr beträgt, so kann auf Beschluß aller wahlberechtigten Arbeitnehmer ein Betriebsrat neu errichtet werden.

Der 4. Absatz hat auf Betreiben der Zentrums- und der demokratischen Vertreter insofern eine wesentliche Verschärfung erfahren, als die wahlberechtigten Arbeiter und Angestellten nicht mit einfacher Stimmenmehrheit die gemeinsame Wahl des Betriebsrates beschließen, wie es in der Vorlage vorgesehen war, sondern dies soll nur dann geschehen können, wenn zwei

Drittel beider Gruppen dafür stimmen. Daß die Angestellten im Falle einer gemeinsamen Wahl doch noch zu ihrer besonderen Vertretung im Betriebsrat kommen, ist in einem Nachtrag von derselben Mehrheit festgelegt worden. Absatz 5, welcher sich in der alten Fassung des ganzen Paragraphen 12 auf die Forst- und Landwirtschaft bezieht, wurde gestrichen.

§ 13 der Vorlage wurde angenommen. Er regelt das aktive und passive Wahlrecht. Wahlberechtigt sind nach ihm alle männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, sofern sie mindestens 20 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Wählbar dagegen sind die Wahlberechtigten, sofern sie mindestens 24 Jahre alt und Reichsangehörige sind, nicht mehr in Berufsausbildung, also nicht mehr im Lehrverhältnis stehen, am Wahltag mindestens sechs Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen, bei kürzerem Bestehen des Betriebes oder des Unternehmens seit dessen Begründung sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbezweig oder dem Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind. Von der sechsmonatigen Betriebsangehörigkeit ist abzusehen in solchen Betrieben, die ihre Arbeitnehmer oder einen Teil derselben regelmäßig nur einen Teil des Jahres beschäftigen, insoweit die zeitweilig beschäftigten Arbeitnehmer in Frage kommen. Von der sechsmonatigen Betriebsangehörigkeit und auch von der dreijährigen Gewerbe- oder Berufsangehörigkeit kann auch abgesehen werden, wenn unter Aufrechterhaltung dieser Erfordernisse nicht genügend wählbare Arbeitnehmer vorhanden sind. Die von den sozialdemokratischen Vertretern beantragte Herabsetzung des Alters für das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre und des Wählbarkeitsalters auf 20 Jahre sowie ihr Antrag, die Reichszugehörigkeit aufzuheben, die sechsmonatige Betriebsangehörigkeit auf drei Monate und ferner die dreijährige Gewerbe- oder Berufsangehörigkeit auf zwei Jahre herabzusetzen, wurde von allen bürgerlichen Vertretern niedergestimmt. Verschiedene von ihnen äußerten sogar den Wunsch, die Beschränkungen noch zu erweitern. Beschlossen wurde, in einen neuen Absatz die Bestimmung mit aufzunehmen, daß im Betriebsrat nach Möglichkeit die einzelnen Berufsgruppen sowie männliche und weibliche Arbeitnehmer vertreten sein sollen.

§ 14 enthält in den beiden ersten Abschnitten Bestimmungen über die Frist, innerhalb welcher die Wahl zum Betriebsrat einzuleiten und von wem sie zu vollziehen ist. Für die Wiederholung der Wahl bestimmt Abs. 1, daß der alte Betriebsrat vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen davon zum Vorsitzenden zu wählen hat. Bei der erstmaligen Wahl, die spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes einzuleiten ist, sollte nach der Vorlage an die Stelle des Betriebsrates der Angestelltenausschuß treten, dessen Obmann in einer anzuberaumenden gemeinsamen Sitzung mit dem Arbeiterausschuß die Bestellung des Wahlvorstandes vorzunehmen hatte. Der Ausschuß hat dagegen beschlossen, daß an Stelle des Angestelltenausschusses der Arbeiterausschuß die Führung bei Einleitung der Wahl haben soll. Und im Gegensatz zur Vorlage wird demgemäß weiter bestimmt, daß, wenn ein Arbeiterausschuß nicht vorhanden ist, an seine Stelle der Angestelltenausschuß tritt. Ist keiner der beiden Ausschüsse vorhanden, so hat der Unternehmer eine Betriebsversammlung einzuberufen, die dann aus ihrer Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit den Wahlvorstand und dessen Vorsitzenden wählt. Nähere Bestimmungen über das Wahlverfahren erläßt der Reichsarbeitsminister. Versäumnis von Arbeitszeit durch die Ausübung des Wahlrechts oder infolge Betätigung im Wahlvorstand darf keinen Verlust an Lohn oder Gehalt zur Folge haben, was auch für die Wahl des Betriebsobmannes oder einer auf Grund eines Tarifvertrages erfolgten Wahl einer Arbeitnehmervertretung gilt.

§ 15 schreibt vor, daß der Betriebsrat aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen Obmann und ein oder zwei Obmannstellvertreter zu wählen hat, die, wenn Arbeiter und Angestellte im Betriebsrat vertreten sind, nicht sämtlich der gleichen Gruppe angehören dürfen. Der Ausschuß hat dazu beschlossen, daß diese Bestimmung gilt, wenn der Betriebsrat weniger als neun Mitglieder hat, und ferner, daß nur ein Obmannstellvertreter zu wählen ist.

Der § 16 sah vor, daß ein Betriebsrat von mehr als sieben Mitgliedern einen Betriebsausschuß zu bilden hat, der aus dem Obmann, dem Obmannstellvertreter und der etwa zur Entgegennahme vertraulicher Mitteilungen von seiten des Unternehmers eingeteilten ständigen Vertretungsperson besteht. Der Beschluß des Ausschusses geht dahin, daß der Betriebsrat aus seiner Mitte auf Grund der Verhältniswahl einen Betriebsausschuß von fünf Personen zu wählen hat, wenn ihm neun und mehr Mitglieder angehören. Arbeiter und Angestellte sind bei der Wahl zu berücksichtigen. Für den Betriebsrat als auch für den Betriebsausschuß zunächst ist Obmann derjenige von der Mehrheitsgruppe, und Obmannstellvertreter ist derjenige von der Minderheitsgruppe, der bei der Wahl der Betriebsratsmitglieder innerhalb seiner Gruppe die meisten Stimmen erhielt. Sind nicht beide Gruppen (Angestellte und Arbeiter) im Betriebsrat vertreten, so wählt der Betriebsausschuß aus seiner Mitte den Obmann und seinen Stellvertreter.

Was in der Vorlage im § 18 mit enthalten war, wird jetzt [illegible] in einem § 18a festgelegt, wonach der Obmann und der Obmannstellvertreter zur Vertretung des Betriebsrates gegenüber dem Arbeitgeber und gegenüber dem Betriebsausschuß berufen sind.*

* Die weiteren Abschnitte der Beratungen des Ausschusses über das Betriebsrätegesetz werden wir später berichten.

Die Arbeitskonferenz in Washington.

Das „Correspondenzblatt" der Generalkommission schreibt:

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine Beteiligung an der Konferenz abgelehnt, da die Ententeregierungen an Deutschland und Deutschösterreich eine Einladung nicht hatten ergehen lassen, mithin die Voraussetzungen nicht erfüllt waren, welche der Beschluß der Internationalen Konferenz in Amsterdam vorsah („Einladung und Zulassung der Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen als gleichberechtigte Teilnehmer"). Die Bemühungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus bei der französischen und englischen Regierung bewirkten dann Zusicherungen, daß „die deutschen und österreichischen Mitglieder der Konferenz vollberechtigte und gleichberechtigte wie alle anderen sein würden". Die Zulassung sollte schon in der ersten Sitzung beantragt werden; es bestehe die bestimmte Zuversicht, daß diesem Antrag sofort entsprochen würde. Angesichts dieser Sachlage und im Hinblick auf die nachteiligen Folgen, die aus einem unter solchen Umständen beliebten Fernbleiben Deutschlands entstehen könnten, gab der Bundesvorstand nach voraufgegangenen Verhandlungen mit der Reichsregierung seinen Widerspruch auf und stimmte der Beschickung der Konferenz zu. Die Reichsregierung betraute an Hand der ihr gemachten Vorschläge und unter Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse folgende Personen für die Vertretung Deutschlands auf der Konferenz: Als stimmführende Mitglieder: Staatssekretär a. D. August Müller, Wirtschaftsminister a. D. Rudolf Wissell (Regierungsvertreter), 2. Vorsitzender des Bundesvorstandes P. Graßmann (Arbeitnehmer), Kommerzienrat H. Vogel, Chemnitz (Arbeitgeber). Als Sachverständige: Leymann, v. Lewinsky, Prof. Francke, Prof. Manes, Gertrud Hanna (Gewerkschaftsbund), Erkelenz (Hirsch-Duncker), Brauer (Christl.). — Die deutsche Delegation konnte aber bis heute die Fahrt über den Atlantic nicht antreten, weil — sie keine Schiffsplätze bekommt. Vertreter der Entente hatten sich anheischig gemacht, für die nötige Passage zu sorgen; dies Angebot aber am 1. November zurückgezogen, da keine Plätze frei seien. Die Bemühungen des deutschen Auswärtigen Amts in verschiedenen nordeuropäischen Häfen waren bisher ebenfalls ergebnislos; Schiffsplätze sollen bis Mitte Januar im voraus vergeben sein. Ob es den Regierungen der Entente wirklich nicht möglich ist, die deutsche Vertretung an den Ort ihrer Bestimmung zu schaffen, möge im Augenblick unerörtert bleiben. Später dürfte darüber ein Mehreres zu sagen sein. Es muß aber mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß die Deutschen erst dann nach Washington gelangen könnten, wenn die Verhandlungen der Konferenz beendet sind. —

Die Vermutung, daß die Konferenz in Washington zu Ende geht, ehe es den deutschen Delegierten gelingt, dort zu erscheinen, hat sich inzwischen bestätigt. Am 16. November sind die Delegierten abgereist, um die Reise über Schweden anzutreten. Unmittelbar vor ihrer Einschiffung in Göteborg erreichte sie aber noch das Telegramm der Regierung, welches sie zurückberief, da sich die Konferenz in Washington ihrem Ende nähert. Diese hat also ihre Arbeiten ohne die Teilnahme der Deutschen beendet. Über die Ergebnisse der Konferenz liegen bisher nur kurze telegraphische Nachrichten vor, die es nicht gestatten, sich ein Bild von den Verhandlungen zu machen. Man wird weitere Nachrichten abwarten müssen, ehe man ein Urteil über die Konferenz fällen kann.

Valuta und Export.

Das Mißverhältnis zwischen dem Wert unseres Geldes im Inland und in den anderen Ländern hat zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt. Wir müssen die Waren, die wir einführen, also vornehmlich Lebensmittel und Rohstoffe, mit einem Vielfachen des Preises bezahlen, die sie auf dem Weltmarkt kosten. Dadurch wird unsere Lebenshaltung unerträglich verteuert. Andererseits können die Ausländer nirgends so billig einkaufen, als in Deutschland und dem unter den gleichen Nöten leidenden Deutsch-Österreich. Skandinavier, Holländer usw., die nach Deutschland kommen, staunen darüber, wie billig sie hier leben können. Kein Wunder, das Geld, das sie aus ihrer Heimat mitbringen, ist hier sechs- bis achtmal soviel wert als vor dem Krieg. Umgekehrt muß der ins Ausland gehende Deutsche Riesensummen für den Lebensunterhalt ausgeben.

Im internationalen Handelsverkehr hat die Entwertung der deutschen Mark zu recht unangenehmen Konsequenzen geführt. In der Schweiz ist die Einfuhr aus Deutschland und Deutschösterreich geradezu zur Kalamität geworden. Deutsche Waren können nach der Schweiz ruhig zu einem weit höheren, als dem Inlandspreis verkauft werden, der schweizerische Importeur zahlt trotzdem einen so geringen Betrag in Franken, daß die heimische Produktion mit den eingeführten Waren nicht konkurrieren kann. Zu den Waren, deren Einfuhr in die Schweiz besonders lästig empfunden wird, gehören insbesondere auch Möbel. Deren Einfuhr hat gegenüber der Vorkriegszeit eine bedeutende Steigerung erfahren. Die schweizerischen Möbelfabrikanten entfalten gegen die gefährliche Konkurrenz eine scharfe Agitation. Wenn die schweizerischen Bundesbehörden dem Verlangen nach Sperrung der Einfuhr noch nicht Folge gegeben haben, so aus dem Grunde, daß Repressalien gefürchtet werden, durch welche wichtige schweizerische Industriezweige schwer getroffen werden könnten.

Diese Fragen rühren auch das Interesse der deutschen Arbeiter lebhaft in Anspruch. Besteht doch die Tatsache, daß wir trotz unseres Elends dem ausländischen Arbeiter als Lohndrücker erscheinen. Daß in gewisser Hinsicht Abhilfe möglich ist, beweist ein Beschluß des Verbandes deutscher Pianofortefabrikanten. In einem, vom 12. Oktober datierten Aufruf wendet sich der Verband an die Klavierhändler. Er weist darauf hin, daß im Herbst vorigen Jahres ein Klavier mittlerer Güte im In- und Ausland für etwa 1000 Mk. geliefert wurde. Das war damals soviel wie rund 500 holländische Gulden oder 1000 dänische Kronen oder 1250 schweizerische Franken. Infolge der eingetretenen Verteuerung ist der Preis für ein solches Piano jetzt auf 3750 Mk. gestiegen. Infolge der Entwertung des deutschen Geldes entspricht dieser Preis aber nur 342 holländischen Gulden oder 600 dänischen Kronen oder 700 schweizerischen Franken. In der seither verflossenen Zeit ist übrigens der Kurs der Mark noch viel weiter gesunken. Die Klavierfabrikanten haben nun beschlossen, für das Ausland weit höhere Preise mit Berechnung in ausländischer Währung festzusetzen. Den Händlern wird dringend empfohlen, darauf zu achten, daß die zu dem billigeren Preis gelieferten Klaviere dem deutschen Markt erhalten bleiben; kein Klavier darf von Händler direkt oder mittelbar zum Marktpreis ins Ausland verkauft werden. Wenn diese Vorschrift nicht beachtet werden sollte, dann müßte, so erklären die Fabrikanten, zur einheitlichen Berechnung in Mark zurückgekehrt, der Marktpreis aber dann allgemein, auch im Inland, wesentlich erhöht werden.

Der Appell an den Handel wird vermutlich allein nicht genügen; es kommt darauf an, ob eine durchgreifende Kontrolle möglich ist. Immerhin ist hier ein beachtenswerter Weg gezeigt, wie es verhütet werden kann, daß die deutsche Industrie dem Ausland Schmutzkonkurrenz bietet. Allerdings erfordert die Methode einen weiteren Ausbau auf alle deutschen Industrieprodukte. Dann aber bleibt noch der unbefriedigende Zustand, daß durch die Valutadifferenz dem deutschen Fabrikanten oder Händler ein unberechtigter Übergewinn in die Tasche gejagt wird. Durch private Abmachungen zwischen Fabrikanten und Händler ist also die Sache nicht zu regeln. Hier müßten die Reichsbehörden eingreifen und Maßnahmen treffen, um den Übergewinn dem Volksganzen zugute kommen zu lassen.

Dabei würde es sich aber immer nur um Palliativmittel handeln. Das Ziel der Bestrebungen muß auf die Hebung unserer Valuta gerichtet sein. Dazu ist aber Deutschland allein nicht imstande. Immerhin könnte auch von unserer Seite aus manches geschehen, wie Steigerung der Produktion, Festigung der politischen Zustände, Verzicht auf die Einfuhr von Luxusartikeln und entbehrlichen Waren usw. In der Hauptsache kann aber nur durch internationale Abmachungen ein Ausweg aus der Valutawirrnis gefunden werden. Dem wird man sich auf die Dauer auf Seiten der Entente um so weniger entziehen können, als der schlechte Stand der deutschen Valuta auch für die Sieger im Weltkrieg unangenehme Folgen zeitigt.

Eine „Soziale Baugesellschaft".

In Berlin ist am 18. Oktober 1919 die Erste Soziale Baugesellschaft m. b. H., „Bauhütte", gegründet worden. Dieser Gründung hat zwar der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes zunächst zugestimmt; nach Verschlechterung des ursprünglichen Sozialisierungsplanes durch die Gegner einer ernsthaften Sozialisierung in einer Aufsichtsratssitzung ist aber nach der Äußerung des Verbandsorgans „Der Grundstein" die Sympathie dafür stark herabgemindert. Diese neue Gründung soll auch dazu beitragen, der herrschenden Wohnungsnot zu steuern. In § 2 des Gesellschaftsvertrages der „Bauhütte" ist der Zweck dahin präzisiert, daß Gegenstand des Unternehmens sein soll die Ausführung von Bauarbeiten und die Übernahme ganzer Bauunternehmungen auf Bestellung, die vorzugsweise den Zwecken der Kleinwohnungsfürsorge dienen, sowie die Übernahme oder Beteiligung von Betrieben, die mit der Durchführung dieses Zweckes in Verbindung stehen. Die „Bauhütte" wird finanziert von dem gemeinnützigen Unternehmen „Märkische Heimstätte", das wiederum finanziell getragen wird vom Wohnungsverband Groß-Berlin, der Provinz Brandenburg und dem Preußischen Staat. Der Aufsichtsrat dieses Unternehmens ist es, in dessen eingangs erwähnter Sitzung kapitalistische Widerstände sich bemerkbar machten. Man befürchtete wohl den allzu starken Einfluß der Arbeiter auf das Unternehmen. Demgegenüber bemerkt „Der Grundstein", daß die Arbeiter durch ihr Verhalten im Betrieb diese Befürchtungen zerstören werden, und es dann bald möglich sein wird, ihren Einfluß weiter auszudehnen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Auf Veranlassung des Sekretärs der Internationalen Union der Holzarbeiter, Kollegen Leipart, hat der Niederländische Möbelarbeiter-Verband zu einer Internationalen Holzarbeiter-Konferenz für den 8. Dezember d. J. nach Amsterdam eingeladen. Entsprechend früheren Verbandstagsbeschlüssen hat der Vorstand die Einladung angenommen und im Einverständnis mit der am 30. Oktober stattgefundenen Städtevertreterkonferenz gemeinschaftlich mit dem Ausschuß die Wahl der Delegierten vorgenommen. Danach werden von unserem Verband entsandt werden die Kollegen Theodor Leipart und Fritz König, bisher Sekretär resp. Kassierer der Internationalen Union, Fritz Tarnow, Vorstandssekretär, Ernst Matthes, unbesoldeter Beisitzer im Vorstand, und Mich. Kanfer, Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung".

Der Vorstand hat beschlossen, in periodischer Reihenfolge von Anfang nächsten Jahres an Reichskonferenzen für die einzelnen Branchen einzuberufen. Um die Reihenfolge der Konferenzen festzulegen und ein einheitliches Programm für die Tagungen zu beraten, findet am Sonntag, dem 30. November, vormittags 9 Uhr, im Verbandshause in Berlin eine Konferenz der Vorsitzenden der Zentralkommissionen statt.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat November ist spätestens bis zum 2. Dezember an uns einzusenden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatsschluß ein.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 48. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Soldin, Neumarkt (bes. eich., 3 bis 3,50 Mk. die Stunde), Nürnberg (ev. jüng. Gehilfen, Kopien nach Germanischem Museum, 2,50 bis 2,90 Mk.), Einbeck, Hannover (bes., für Kost und Logis gesorgt), Hamburg (beste Arbeit nach künstl. Entwürfen für Landstädtchen bei Osnabrück, für Wohnung und Verpflegung gesorgt), Jüterbog (bess. u. mittl., 3 Mk.), Großschönau i. Sachsen, Fulda, Luckenwalde (mittl., bis 3,50 Mk.). Reflektanten wollen sich schriftlich nach hier wenden (Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, „Holzarbeiter-Zeitung").

Zentralkommission der Stellmacher.

Aus den Berichten in der „Holzarbeiter-Zeitung" ist in letzter Zeit die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß auch die Stellmacherkollegen eine größere Regsamkeit zeigen und die geäußerten Wünsche größtenteils dahin ausklingen, in einer einzuberufenden Konferenz die nötigen Richtlinien für die weitere Tätigkeit zu besprechen.

Nachdem sich die Zentralkommission im Laufe des Jahres bemüht hat, überall dort, wo eine größere Anzahl Stellmacherkollegen am Ort sind, Sektionen ins Leben zu rufen, und mit dem Erfolg, daß bereits 40 Sektionen gebildet sind, kann nunmehr der Frage nähergetreten werden.

Die immerhin etwas spärlichen Nachrichten aus den Sektionen deuteten darauf hin, daß von Notstandsarbeiten keine Rede mehr sei, im Gegenteil eine ziemlich lebhafte Konjunktur in unserer Branche zu beobachten ist. Angesichts der verteuerten Lebenshaltung haben die Kollegen auch die notwendige Nutzanwendung gezogen, nachdem die Verbandsleitung mit allem Nachdruck betonte, daß der Entwurf zu einem Reichstarif für alle Branchen als Richtlinie für die weitere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse dienen müsse.

Die mehrfach eingerichteten Zeichenkurse liefern den Beweis, daß die fachliche Ausbildung, die während des Krieges schlummerte, wiedererwacht ist und damit auch der Wunsch zur Herausgabe eines Fachblattes.

Da durch die vierjährige mangelhafte Ausbildung die Voraussetzung für einen reichlicheren Absatz der Hefte gegeben scheint, wird die Zentralkommission in allerkürzester Zeit dem Vorstand einen diesbezüglichen Antrag unterbreiten. In Voraussicht der Genehmigung ersuchen wir die Kollegen schon heute um ihre Mitwirkung. Die unterzeichnete Kommission wird bemüht sein, den angedeuteten Wünschen zur Wirklichkeit zu verhelfen und über das Ergebnis weiter zu berichten.

J. A.: E. Fuhrmann,
Berlin-Friedrichsfelde, Waldersee straße 42.

Korrespondenzen.

Berlin. Über Betriebsrätegesetz — Betriebsorganisation referierte Genosse Friesland vor den Funktionären der Zahlstelle am 17. November. Aus der ausführlichen Wiedergabe des Referats, die uns übermittelt wird, geht hervor, daß der Redner an dem Entwurf zum Betriebsrätegesetz eine sehr abfällige Kritik übte. Anschließend beschäftigte er sich mit der gewerkschaftlichen Taktik. Die Gewerkschaften müßten auf den Boden des Klassenkampfes zurückgeführt werden. Die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften müßten gesammelt werden, sie dürften aber die Gewerkschaften nicht verlassen. Sie haben gemeinsam mit den Betriebsräten, die sich nicht auf den Boden des Regierungsentwurfs stellen, zu arbeiten zur Eroberung der Betriebe. Der Ausbau von großen Industrieverbänden ist anzustreben, eine Absplitterung in Betriebsorganisationen, die sich die Führung des wirtschaftlichen Kampfes zur Aufgabe stellen, ist zu verhindern. „Das einzige Bollwerk, das die Unternehmerschaft noch hat, ist die große Rückständigkeit der Arbeiter. Sie zu revolutionieren, ist die nächste Aufgabe. Denn eine revolutionäre Arbeiterschaft will sich nicht von konterrevolutionären Führern an der Nase herumführen lassen, sie wird sie zum Teufel jagen. Ihre Endparole ist nicht die Regelung von Wohlfahrtseinrichtungen, gemeinsames Interesse an einem vorteilhaften Fortgang eines Betriebes des Unternehmers, sondern die Gesamtwirtschaft zu sozialisieren, die Betriebe in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen, die Herrschaft über die Betriebe. Die Gewerkschaften haben daher über ihre früheren Ziele hinauszugehen. Die Arbeiterschaft muß und wird es ablehnen, ihre Kräfte in kleinen Sekten, Konventikeln, wie Betriebsorganisationen, zu zersplittern, sondern mit der Masse der Arbeiterschaft die Endparole verwirklichen."

Breslau. (Maschinenarbeiter.) In einer gutbesuchten Versammlung hielt Kollege Koblitz einen Vortrag über die Aufgaben des Verbandes in der neuen Zeit, der allseitige Zustimmung fand. In der Diskussion wurde über die Gewerbeinspektionsbeamten geklagt. Wenn diese den Betrieb kontrollieren, so setzen sie sich nicht mit dem Arbeiterausschuß in Verbindung, sondern unter Umgehung der Arbeiter wird der Betrieb flüchtig durchgegangen. Die Kontrolleure müßten den Obmann oder Vertrauensmann der Arbeiterschaft um seine Meinung und evtl. um die Abstellung von Mängeln befragen. Unsere alte Forderung, Kontrolleure aus der Arbeiterschaft heranzuziehen, ist um so dringender, als die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dem Arbeiterschutz nicht ausreichend Rechnung tragen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die an das Reichsversicherungsamt eingereicht werden wird. Im weiteren wird vom Hauptvorstand gefordert, daß er eine Branchenkonferenz auch für die Maschinenarbeiter anberaumt, denn der Krieg hat noch recht viele Mißstände zurückgelassen, die zu beseitigen unbedingt durchgesetzt werden muß.

Elberfeld. (Bürstenmacher.) Die während des Krieges eingegangene Sektion der Bürstenmacher wurde Ende September wieder gebildet. Durch die Einigkeit der Kollegen und den restlosen Anschluß an den Holzarbeiter-Verband war es möglich, neben Einführung der 46stündigen Arbeitswoche die zum Teil noch niedrigen Löhne um ein Bedeutendes zu erhöhen. Der Mindeststundenlohn für Facharbeiter beträgt zurzeit 2,50 Mk., ab 1. Dezember steigt er auf 2,60 Mk. und ab 1. Januar 1920 auf 2,70 Mk. Pflicht der Kollegen ist es nun, auch weiterhin auf dem Posten zu sein und das Errungene weiter auszubauen. Auswärtige Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden gebeten, sich vorher bei der Ortsverwaltung zu informieren.

Herzfeld. Die Revolution hat auch die hiesigen Holzarbeiter aufgerüttelt. Vor dem Krieg war es nicht möglich, die Kollegen zu überzeugen, daß der Verband für sie von Nutzen wäre, jetzt sind sie nun bis zum letzten Mann organisiert. Unsere Zahlstelle wurde nach dem Krieg wieder neu eröffnet, und wir haben auch gute Erfolge erzielt. Um der Innung Verständnis für unsere Forderungen beizubringen, bedurfte es erst eines Streiks im Mai, aber nun haben die Meister erkannt, daß sie die Arbeiter anständig bezahlen müssen. Unser Stundenlohn, der im Januar noch 80 Pf. betrug, ist nun bis auf 2,10 Mk. gestiegen. Aber damit ist es nicht genug. Die Kollegen müssen weiterhin ihr Interesse bekunden und die Versammlungen stets vollzählig besuchen. Keiner darf denken, auf mich kommt es nicht an. Auch für die Grubenholzarbeiter ist ein Tarif abgeschlossen worden, was um so mehr zu begrüßen ist, als dieselben noch einen Stundenlohn von 1 Mk. hatten. Immerhin können wir feststellen, daß wir einen schönen Schritt vorwärtsgekommen sind.

Höhr. (Pfeifendrechsler.) Nachdem wir sechs Wochen lang vergeblich mit dem Arbeitgeberverband verhandelt hatten, wurde der Schlichtungsausschuß in Coblenz angerufen, welcher am 31. Oktober einen Schiedsspruch fällte, der von beiden Parteien anerkannt wurde. Hiernach erhalten ungelernte Arbeiter von 14 bis 16 Jahren 65 bis 80 Pf., von 16 bis 18 Jahren 85 Pf. bis 1,10 Mk., von 18 bis 20 Jahren 1,20 bis 1,50 Mk., von 20 bis 22 Jahren 1,60 bis 1,70 Mk., über 22 Jahre 1,80 Mk. pro Stunde. Angelernte Arbeiter, d. h. solche, die in Betrieben an Maschinen beschäftigt sind und keine Lehrzeit durchgemacht haben, erhalten 20 Pf. mehr pro Stunde und gelernte 30 Pf. mehr. Frauenarbeit wird mit 60 Prozent des männlichen Verdienstes entlohnt. In Akkord muß 20 Prozent mehr verdient werden. Es würde dann ein gelernter Arbeiter über 22 Jahre in Lohn 2,10 Mk. pro Stunde verdienen und in Akkord 2,52 Mk. als Mindestlohn. Die Nachzahlung hat vom 28. September an zu erfolgen. Alle anderen Fragen werden ab 1. Januar in einem neuen Tarif geregelt. — Es wäre wünschenswert, wenn man auch aus anderen Orten einmal von den Pfeifendrechslern hören würde, denn immer wieder müssen wir bei solchen Bewegungen von den Fabrikanten hören, sie könnten die Sachen billiger geschickt bekommen, hauptsächlich aus Thüringen und aus dem Odenwald, als sie hier Arbeitslohn kosten. Das läßt uns aber kalt, denn wir wissen genau, daß die Pfeifenfabrikanten gute Zeiten gehabt haben und noch haben, und daß manche von ihnen in kurzer Zeit zu Millionären herangewachsen sind. Es wäre aber auch an der Zeit, daß wir Pfeifendrechsler einmal näher Fühlung miteinander nehmen würden, um Arbeits- und Lohnfrage einheitlich zu regeln und die Schmutzkonkurrenz zu bekämpfen. Es wurde auch schon von einigen Arbeitgebern auf den Abschluß eines Reichstarifs für die Pfeifenbranche hingewiesen. Auch dieser Frage sollten wir nähertreten.

Marienberg i. Erzgeb. In einer von über 350 Kollegen und Kolleginnen besuchten Mitgliederversammlung, welche am 10. November hier stattfand, nahmen die Mitglieder des hiesigen Bezirks den Bericht von der Städtekonferenz entgegen. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß es die höchste Zeit sei, um die verzweifelte Lage der Arbeiterschaft in der Holzindustrie durchgreifend zu bessern. Werden doch hier noch für Facharbeiter Durchschnittslöhne von 80 Pf. bis 1,35 Mk. gezahlt. Dabei sind die Preise aller Lebensmittel und sonstigen notwendigen Bedarfsartikel nicht niedriger als in der Großstadt. Unter diesen Umständen leidet nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Angehörigen derselben bittere Not, zumal der zu früh eingetretene Winter einen großen Teil der Feldfrüchte vernichtet hat, und die Kollegen einer Hungersnot ins Auge sehen müssen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind bis jetzt noch sehr unterschiedlich innerhalb der einzelnen Branchen, weil die Unternehmer bisher einer vertraglichen Regelung ausgewichen sind. Das Organisationsverhältnis hat sich in letzter Zeit bedeutend gebessert, so daß die Arbeiterschaft zu 75 Prozent organisiert ist. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, worin ausgesprochen ist, daß die Anerkennung des Reichstarifs sowie eine sofortige Teuerungszulage von 50 Pf. von den Unternehmern zu fordern ist. Bis zur Durchführung derselben verweigert die Arbeiterschaft jede Überstunde und ist bereit, selbst vom letzten Mittel Gebrauch zu machen, indem sie ja nichts mehr zu verlieren hat, sondern nur gewinnen kann. Die Versammlung gelobt, den letzten Kollegen zur Organisation zu bringen und für die Durchführung ihrer berechtigten Forderungen alle Kräfte einzusetzen. Jedenfalls legt diese Versammlung Zeugnis davon ab, daß die Arbeiterschaft der Holzindustrie im Erzgebirge erwacht und gewillt ist, ihre kleinstädtische Lebenslage zu verbessern.

Meschede. Recht nette Zustände herrschen noch hier in der christlichen Leistenfabrik Lex. Als neulich ein Kollege zu unserm Verband übertreten wollte und mit unserm Vertrauensmann davon sprach, da wurde diesem von den Christen gedroht, er solle sich ja nicht unterstehen, den christlichen Verband auseinanderzureißen. Gleich sprangen etwa 20 Christen um unsern Vertrauensmann herum und schrien ihn an. Das ist echt christlich gehandelt. Leute, welche wirklich einsehen, daß diese Gesellschaft ihre Interessen nicht vertreten kann, wird es auf diese Art schwergemacht, ihre wahre Ansicht zu äußern. Für die Zustände, die in der christlichen Domäne herrschen, ist es bezeichnend, daß eines Tages ein neu in Arbeit Getretener zu unserem Kollegen mit der Frage herantrat, wieviel Pfund Butter man mitbringen müßte. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, daß auch unsere Kollegen da ein Wörtchen mitreden können. Wie die Verhältnisse hier im Sauerland liegen, wo die christlichen Herrschaften das Ruder in Händen haben, beweisen die Hungerlöhne von 90 bis 120 Pf. Da ist es erklärlich, daß ganze Zahlstellen zu uns übertreten. Groß sind die Christen im Schimpfen über unsern Verband und dessen Beamte. Stellt man aber einen zur Rede, so spielt er den Unschuldigen und hat kein Wort gesagt. Die Christen sind ebenso feige wie gewalttätig in den Bezirken, in denen sie herrschen; aber es wird dafür gesorgt, daß ihre Bäume auch hier im Sauerland nicht in den Himmel wachsen.

Trier. Wer glaubt, daß die Revolution das Interesse für die Organisation unter den Holzarbeitern hier am Ort gefördert hat, der irrt sich. Jedem bürgerlichen Klimbim bringt man mehr Interesse entgegen als der Organisation. Ein geradezu jämmerliches Bild bieten unsere Versammlungen. Würden sich die Kollegen doch nur ein Beispiel an den anderen Organisationen am Ort nehmen. Unsere Kollegen erinnern sich immer erst dann ihres Verbandes, wenn einmal wieder etwas in der Luft liegt. Ist das Gewitter verzogen, dann verschwinden sie wieder. Mit dem Beitragzahlen glauben die Kollegen ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllt zu haben. Nein, Kollegen, das stimmt nicht. Als Mitglieder des Verbandes haben wir Rechte, aber auch Pflichten. Unsere Pflicht ist es, an dem Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Und dazu gehört der Versammlungsbesuch bis auf den letzten Mann. Eine Entschuldigung gibt es da nicht. Unsere wirtschaftliche Lage müßte doch auch den letzten Rest von Gleichgültigkeit hinwegfegen. Bis zum 1. Januar soll ein neuer Tarif eingereicht werden. Wie soll das denn möglich werden, wenn die Kollegen nicht den Weg zur Versammlung finden. Wir müssen alle zusammenhalten, jeder muß mithelfen, daß wir ein geschlossenes Ganzes darstellen. Denn nur Geschlossenheit führt zum Sieg. Darum hinein in die Holzarbeiterversammlungen, keiner darf fehlen.

Vegesack. (Bootsbauer.) Mitte dieses Sommers wurde von der hiesigen Ortsverwaltung in unserer Branchenversammlung eine Konferenz der Bootsbauer des Reichs in Aussicht gestellt, aber bisher wurde von seiten des Hauptvorstandes eine solche nicht einberufen. Da muß man sich doch fragen, weshalb wurde bisher dem Verlangen der Bootsbauer und Schiffszimmerer nicht Rechnung getragen? Gewiß wollen wir anerkennen, das der Zentralvorstand mit Arbeiten sehr belastet ist, aber dessen ungeachtet wollen wir doch nicht vergessen, daß wir alle die Pflicht haben, die Einmütigkeit der Bootsbauer und Schiffszimmerer zu fördern und auszubauen, und deshalb halten wir es für unbedingt erforderlich, daß einmal eine allgemeine Aussprache herbeigeführt wird. Wenn wir hier mit Lohnforderungen an die Arbeitgeber herantreten, werden uns Tarifabschlüsse und Lohnvereinbarungen vorgelegt, welche hinsichtlich der Lohnhöhe sehr viel zu wünschen übriglassen. Durch diese kolossalen Lohnunterschiede wird ein Zustand geschaffen, welcher für uns in den Werftorten rein unerträglich ist. Leider sind ja auch bei uns die Bootsbauer etwas spät aus ihrem Schlaf erwacht, aber seit den Novembertagen 1918 muß doch konstatiert werden, daß alle Bootsbauer unserer Zahlstelle organisiert sind und es auch durch die Organisation möglich war, den Stundenlohn von 76 Pf. auf 2,20 Mk. zu steigern. Dieses Resultat war aber auch nur möglich durch die straffe Organisation. Auch wäre es sehr zu wünschen, wenn die Bootsbauer allesamt sich einer Organisation anschlössen. Hier muß und kann nur durch Branchenkonferenz Wandel geschaffen werden. Ferner würden durch eine gute Zentralbranchenleitung sehr gute agitatorische Erfolge gezeitigt werden können. Die Aufgaben, welche der Zentralbranchenleitung harren, sind für unsere Organisation von weittragender Bedeutung, besonders, wenn wir beachten wollen, daß es uns für die Folgezeit nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte möglich sein wird, unsere bisher erkämpften Rechte zu behaupten und auszubauen. Denken wir bloß an die Betriebsrätel. Wir sind in den hiesigen Betrieben seit August soweit, für diese Arbeiten Kollegen in den Betrieben freigestellt zu haben, auch hier wird es durch das Gesetz Wandlungen geben. Da heißt es einig dazustehen, zusammen mit der Organisation die erkämpften Rechte zu behaupten. Bei aller lokaler Arbeit muß aber auch der zentrale Blick gewahrt werden; die Kollegen des ganzen Reichs müssen mit Schritt halten in allen uns interessierenden Fragen; denn nur dadurch ist es möglich, das Erkämpfte zu behaupten. Da muß der Zentralvorstand mithelfen, es den Kollegen ermöglichen, durch die Konferenz eine dringend notwendige Aussprache herbeizuführen. Wann also wird diese Konferenz stattfinden?

Unsere Lohnbewegung.

Zur Vertragskündigung.

Die Kündigung der Verträge mit dem Arbeitgeber-Schutzverband dürfte wohl, entsprechend den Beschlüssen unserer Städtekonferenz, überall zum 15. November erfolgt sein. Wie wir der „Fachzeitung" entnehmen, hat man sich auch im Arbeitgeber-Schutzverband mit der Kündigungsfrage beschäftigt. Auf den 11. November war eine Generalversammlung nach Braunschweig einberufen, die jedoch wegen der Verkehrssperre nicht zustande gekommen ist. Der Vorstand des Schutzverbandes hat darauf eine schriftliche Abstimmung vorgenommen, deren Ergebnis aber nicht weiter in Betracht kommt, da durch die unserseits vorgenommene Vertragskündigung die Sache entschieden ist. Die „Fachzeitung" benützt die Gelegenheit, einige Bemerkungen an den Aufsatz „Vor neuen Kämpfen" in Nr. 45 der „Holzarb.-Ztg." zu knüpfen. Ein näheres Eingehen darauf lohnt aber nicht, da die Ansicht der „Fachzeitung" für die Entwicklung der Dinge nicht von Bedeutung ist. Erwähnenswert ist höchstens die an die Unternehmer gerichtete „ernstliche Mahnung", Arbeiter, die aus bestreikten Betrieben kommen, nicht einzustellen. Das haben die Unternehmer auch ohnehin getan, — sofern sie nicht gerade dringende Arbeit hatten. Ob die neue „dringende Mahnung" größeren Erfolg zeitigen wird, kann man dahingestellt sein lassen. Wir registrieren die Tatsache nur, um unseren Kollegen zu zeigen, daß man sich auch auf der anderen Seite auf einen ernstlichen Kampf einrichtet. Sie wird hoffentlich dazu beitragen, das Solidaritätsgefühl unserer Kollegen zu stärken.

In Angermünde ist der Streik der Bürstenmacher beendet, es haben die Lohnarbeiter 15 Prozent, die Akkordarbeiter 65 Prozent Aufbesserung ihres Verdienstes erzielt.

In Anklam ist nach einer Verhandlung mit den Arbeitgebern eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß für Facharbeiter 2,20 Mk. pro Stunde gezahlt werden, für Maschinenarbeiter 2 Mk. und für Hilfsarbeiter 1,70 Mk. pro Stunde. Für Akkordarbeiten wurden 225 Prozent auf die Friedenspreise bewilligt.

In Berlin ist die Bewegung der Korbmacher zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Über die bereits Anfang September aufgestellten Forderungen wurden Verhandlungen gepflogen, die aber nicht vom Fleck kamen. Darauf legten die Kollegen am 18. Oktober geschlossen die Arbeit nieder. Nachdem einige Unternehmer die Forderungen bewilligt hatten, kam es zu neuen Verhandlungen, bei welchen eine Vereinbarung abgeschlossen wurde, nach welcher für Grünarbeit 10 Prozent Teuerungszulage gewährt wird; Ferien kommen für dieses Jahr nicht in Frage. Auf geschlagene und Gittelarbeit wird ab 3. November eine Zulage von 25 Pf. pro Stunde gewährt, und außerdem werden drei Ferientage bewilligt. Über eine weitere Teuerungszulage ab 15. November werden die Arbeitgeber noch beschließen. Auf Grund dieses Zugeständnisses wurde die Arbeit am 3. November wiederaufgenommen. Inzwischen sind ab 15. November weitere 10 Pf. zugestanden worden. Das verhältnismäßig ungünstige Ergebnis für die Grünbranche ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil dieser Kollegen unorganisiert ist und sich an der Bewegung nicht beteiligt hat. Hoffentlich wird es nun auch hier besser. Die Leistenmöbelbranche erreichte ohne Arbeitsniederlegung für Facharbeiter

einen Mindestdurchschnittslohn von 3,20 Mk., für Lackiererinnen 1,80 Mk., für Garniererinnen 1,25 Mk. pro Stunde, für Hausdiener 80 Mk. pro Woche Mindestlohn. Desgleichen die Anerkennung der Arbeiterausschüsse, 46stündige Arbeitszeit und zwei Tage Ferien für dieses Jahr. Diese Vereinbarungen gelten ab 25. August rückwirkend.

In Braunschweig dauert der Streik bei der Firma Büssing, Automobilfabrik, fort und ist Zuzug von Stellmachern und Modelltischlern fernzuhalten.

In Bromberg ist der Streik der Tischler nach dreiwöchiger Dauer am 15. November beendet worden. Die Beilegung erfolgte auf Grund eines Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses. Hiernach beträgt der Durchschnittslohn für Facharbeiter 2,30 Mk., für Hilfsarbeiter 2 Mk., für Facharbeiterinnen 1,50 Mk., für Hilfsarbeiterinnen 1,30 Mk. pro Stunde. Die Mindestlöhne sind für alle Kategorien um je 20 Pf. niedriger. Die Arbeitszeit beträgt 47 Stunden. Als Ersatz für Ferien erhalten die seit einem Jahr in einem Betrieb Beschäftigten eine Sondervergütung in Höhe des Lohnes für zwei Tage. Bei der Beurteilung des Ergebnisses sind die politischen Verhältnisse zu berücksichtigen. Die bevorstehende Übergabe der Stadt Bromberg an Polen beeinflußt auch die Stimmung der Arbeiterschaft. Es ist daher von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß es noch vor diesem einschneidenden Akt gelungen ist, eine annehmbare Verständigung zu erzielen.

In Doberschütz bei Eilenburg sind die Kollegen der Firma Petermann, Sägewerk, in den Ausstand getreten, nachdem alle Versuche zu einer Verständigung scheiterten.

In Dresden haben die Bürstenmacher am 16. Oktober mit der Innung eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der die wöchentliche Arbeitszeit 46 Stunden beträgt. Auf die bisher gezahlten Löhne wird ab 1. Oktober ein Zuschlag von 20 Prozent gezahlt. Der Mindeststundenlohn für männliche Arbeiter steigt damit auf 2,40 Mk. pro Stunde, für Arbeiterinnen auf 1,20 Mk. pro Stunde. Weiter wurden Ferien, wie sie der Reichstarif vorsieht, erreicht. Bei der Firma Kleebe, Maschinenbürstenfabrik, die der Innung nicht angehört, wurden dieselben Forderungen gestellt. Die Firma erklärte jedoch, sich mit ihren Leuten bereits geeinigt zu haben. Wenn dort unsere Kollegen das nicht erreicht haben, was bei der Innung erreicht wurde, muß die Schuld dafür den dort beschäftigten Kollegen selbst zugeschoben werden. In einer Betriebsversammlung war nur ein kleiner Teil der Beschäftigten anwesend. Das muß anders werden, wenn die Kollegen wirksam an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten wollen.

In Duderstadt ist der Reichstariflohn durchgesetzt worden, die Kollegen erhalten nach der sechsten Lohnklasse 1,80 Mk. statt bisher 1,45 Mk. pro Stunde.

In Einbeck haben die Kollegen in Anbetracht der überaus niedrigen Löhne es für unbedingt notwendig gehalten, Forderungen zu stellen. Nach langwierigen und ergebnislosen Verhandlungen sind die Kollegen in den Streik getreten.

In Eisenach ist nun auch in der Fahrzeugfabrik die Arbeit wiederaufgenommen worden. Die Verhandlungen über die Festsetzung der Löhne nach den gestellten Forderungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt.

In Eisleben sind Verhandlungen mit den Inhabern der Korbmacherbetriebe ergebnislos verlaufen, es ist erneut der Schlichtungsausschuß angerufen worden.

In Fiddichow und Ripperwiese haben die Arbeitgeber den Reichstarif anerkannt, weigern sich aber, zu unterschreiben, bis auf ein Baugeschäft, das unterschrieben hat. — Die Sägereiarbeiter haben ebenfalls eine Lohnerhöhung von 50 Pf. pro Stunde erhalten.

In Frankfurt a. M. ist mit den Arbeitgebern der Korkindustrie ein örtlicher Tarifvertrag abgeschlossen worden, wonach die Arbeitszeit auf acht bzw. sechs Stunden (Sonnabends) täglich festgesetzt ist, wöchentlich also 46 Stunden. Der Mindestlohn für Korkschneider beträgt 120 Mk. die Woche. Für Überstunden, die nur in dringenden Fällen zulässig sind, werden für die ersten beiden Stunden nach Beendigung der regulären Arbeitszeit 25 Prozent, nachdem, was als Nachtarbeit betrachtet wird, 50 Prozent Aufschlag gezahlt. Etwaige bessere Bedingungen im Arbeitsverhältnis bleiben bestehen. Dieser Vertrag gilt vom 1. November 1919 bis 1. März 1920. Sollte vor diesem Termin ein Reichstarif zustande kommen, so gilt dieser Vertrag als durch den Reichstarif abgelöst. Die Arbeitgeber der Korkindustrie in Frankfurt a. M. drängen also nach einem Reichstarif, was für die Branchenkollegen in anderen Orten beachtenswert ist.

In Frankfurt a. M. ist die Bewegung der Säger und Holzplatzarbeiter zum Abschluß gekommen, nachdem die Arbeitgeber dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ihre Zustimmung gegeben haben. Es wurde ein örtlicher Tarifvertrag, rückwirkend vom 1. Oktober 1919 an und gültig bis 31. März 1920, abgeschlossen, wonach bei 46stündiger Arbeitszeit — schon eingeführte kürzere Arbeitszeit bleibt bestehen — ein Mindestlohn von 2,20 bis 2,40 Mk. für Maschinisten, Gatter- und Kreissäger und Schärfer, 2 bis 2,30 Mk. für Hilfsarbeiter und an der [illegible] [illegible] gezahlt wird.

In [illegible] ist von den Kollegen die Arbeit niedergelegt worden. Es handelt sich um Anerkennung des Reichstarifs, eine Teuerungszulage von 40 Pf. pro Stunde ab 15. November und Einreihung in die Tarifklasse III. Bei Verhandlungen wurde die Teuerungszulage [illegible] [illegible] [illegible] [illegible], auch in den übrigen Punkten zeigten die Unternehmer kein Entgegenkommen.

In Gmünd haben die Kollegen wegen Verweigerung jeder Erhöhung des Stundenlohnes die Arbeit niedergelegt; sie verlangen 20 Prozent Zulage.

In Gollnow ist den Sägereiarbeitern eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Stunde zugestanden worden.

In Greifswald haben sich die Kollegen mit den Arbeitgebern geeinigt auf eine Lohnerhöhung von 10 Pf. ab 17. November und weitere 15 Pf. pro Stunde vom 1. Dezember an.

In Halle dauert der Streik noch fort. Die Unternehmer wissen nicht recht, was sie anfangen sollen. Einmal beschlossen sie eine allgemeine Aussperrung, obwohl doch nichts mehr auszusperren ist, da nur in den [illegible] Betrieben gearbeitet wird, [illegible] laden sie wieder die Streikenden ein, die Arbeit aufzunehmen. Neuerdings haben sie beschlossen, ihre Betriebe für Arbeitswillige zu öffnen, denen besondere Vergünstigungen versprochen werden. Es hilft aber alles nichts. Die Arbeitswilligen bleiben aus, und der Streik dauert fort, bis sich die Unternehmer eines Besseren besonnen haben.

In Hamburg ist der Streik beendet. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Lohn um 60 Pf. pro Stunde erhöht wird. Der Reichstarif ist anerkannt mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse von beiden Parteien als geeignete Grundlage für Verhandlungen erklärt wurden, die spätestens am 15. Januar beginnen sollen, so daß dieser Vertragsteil am 15. Februar in Kraft treten kann. Das gleiche gilt auch für die Bestimmungen über das Lehrlingswesen. Hierzu wird in der Vereinbarung gesagt, daß eine Verkürzung der Lehrzeit und eine Erhöhung der Entschädigung als dringend notwendig erachtet wird. Nachdem die Kollegen der Vereinbarung zugestimmt hatten, wurde die Arbeit am 20. November wiederaufgenommen.

In Herford ist für die Bürstenindustrie ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die Arbeitszeit vom 1. April 1920 an 47 Stunden beträgt. Der Stundenlohn beträgt für Spezial- und Facharbeiter 2,15 Mk., für Hilfsarbeiter 2 Mk. pro Stunde. Für Akkordarbeit wurden 20 Prozent über den Durchschnittslohn zugestanden, außerdem Ferien, zunächst drei Tage und dann steigend jedes Jahr um einen Tag bis zu sechs Tagen. Der Vertrag gilt bis 1. April 1921, doch kann am 1. April 1920 eine Revision der Lohn- und Akkordsätze vorgenommen werden, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse es erforderlich machen.

In Hildesheim wurde der Streik für beendet erklärt, nachdem der Schlichtungsausschuß eine Entscheidung gefällt hatte. Außer einer Lohnerhöhung von 20 Pf., rückwirkend vom 1. September 1919 ab, sollen weitere 20 Pf. ab 15. November gezahlt werden, so daß der Durchschnittslohn für Facharbeiter dann 2,30 Mk. pro Stunde beträgt. Dann tritt auch die 47stündige Arbeitszeit in Kraft. Ferien wurden zwei bis drei Tage bewilligt.

In Kallies traten alle Tischler und Sägereiarbeiter in den Streik, nachdem die Arbeitgeber abgelehnt hatten, mit einem Vertreter der Gauleitung zu verhandeln. Nach fünftägiger Dauer des Streiks bewilligten die Unternehmer mehr, als gefordert worden war: für Facharbeiter 2 Mk., für Platzarbeiter 1,80 Mk. pro Stunde. Vordem betrugen die Löhne 1,40 bzw. 1 Mk.

In Königsberg i. Pr. sind die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzverband mit dem Ergebnis zum Abschluß gelangt, daß in der Lohnfrage Zugeständnisse gemacht wurden, wonach Facharbeiter einen Aufschlag von 25 Pf., Hilfsarbeiter und Frauen 20 Pf. pro Stunde erhalten. Die Arbeit wurde am 13. November wiederaufgenommen.

In Langenbrücken in Baden lehnte der Unternehmer Basnizki die Anerkennung des Tarifvertrags für den Freistaat Baden ab, auch wurde den Akkordarbeitern der im Vertrag vorgesehene Lohnsatz verweigert. Infolgedessen traten die Kollegen in den Streik. Nach zwei Tagen wurde eine Vereinbarung erzielt, die ihrem wesentlichen Inhalt nach lautet: Statt der sechsten wurde die fünfte Lohnklasse für die Folge anerkannt. Rückwirkend vom 18. Oktober wird den Verheirateten eine Zulage von 15 Prozent, den Ledigen eine solche von 10 Prozent gewährt. Maschinenarbeiter erhalten jetzt denselben Lohnsatz wie ein Facharbeiter. Die verheirateten Akkordarbeiter erhalten eine einmalige Teuerungszulage von 30 Mk., ledige 20 Mk., die Lohnarbeiter 20 bzw. 15 Mk. Im übrigen erkannte die Firma nunmehr den Tarifvertrag für den Freistaat Baden an.

In Liegnitz ist der Kampf nach [illegible] Dauer beendet; am 20. November wurde die Arbeit wiederaufgenommen. Es ist gelungen, einen Vertrag abzuschließen, der nur in einigen Punkten unwesentlich von dem Reichstarif abweicht. Über die Arbeitszeit mußte ein unparteiisches Schiedsgericht entscheiden; der Schiedsspruch brachte die 47½stündige Arbeitszeit ab 1. April 1920. Schwierig war es, die Lohnfrage zu regeln. Die hiesigen Unternehmer gehören dem Industrie-Schutzverband an und wollten deshalb von den Tarifklassen sowie von Mindest- und Durchschnittslöhnen nichts wissen. Zudem waren hier die Löhne noch 6 Pf. und mehr unter den Sätzen der vierten Klasse. Es ist aber gelungen, den Mindestlohn für Facharbeiter auf 2,05 Mk., für Hilfsarbeiter auf 1,75 Mk., die Durchschnittslöhne auf 2,33 Mk. und 1,98 Mk. zu bringen; bei Akkordarbeit muß 15 Prozent über den Durchschnittslohn verdient werden. Die früheren Lohnsätze sind sofort um 20 Prozent zu erhöhen. Wird der Mindestlohn damit nicht erreicht, dann muß die Zulage entsprechend höher sein. Ferien werden nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr gewährt. Die Bestimmungen über Arbeiterausschüsse sind bis auf den § 36 im Vertrag aufgenommen. Die Bestimmungen über das Lehrlingswesen sind in den Vertrag aufgenommen. Durch Schiedsspruch wurde die Lehrzeit auf 3½ Jahre festgelegt. Die Entschädigung beträgt im ersten Jahr 20 Pf., im zweiten 30 Pf., im dritten 40 Pf. und im vierten Jahr 45 Pf. pro Stunde, bei etwaiger Akkordarbeit die Hälfte der Akkordpreise. Die Fortbildungsschulzeit muß bezahlt werden. Im allgemeinen sind die Bestimmungen des Vertrages nach dem Reichstarif vereinbart, das ist um so bedeutungsvoller, als die Unternehmer überhaupt über den Reichstarif nicht verhandeln wollten. Wir können mit dem Erfolg zufrieden sein, und die hiesigen Kollegen werden dafür sorgen, daß beim nächsten Tarifabschluß die Lücken ausgefüllt werden.

In Mannheim ist in den Hobelwerken ein Streik ausgebrochen, weil die Unternehmer zunächst jede Erhöhung der Löhne verweigerten, dann aber sich bereit erklärten, 32 Pf. pro Stunde zuzulegen. Das wurde von den Arbeitern als zu geringfügig abgelehnt.

In Nienburg a. W. erhielten die Kollegen nach eintägigem Streik eine einmalige Teuerungszulage von 250 Mk. für verheiratete Facharbeiter und solche, die im November heiraten, 150 Mk. für verheiratete Hilfsarbeiter, 100 Mk. für ledige Facharbeiter und 50 Mk. für ledige Hilfsarbeiter.

In Nürnberg ist die Bewegung in der Spedmeinindustrie zugunsten der Kollegen beendet. Es wurden Zulagen bewilligt von 9 bis 15 Pf. pro Stunde für männliche und 7 bis 12 Pf. pro Stunde für weibliche Arbeiter. Drechsler erhalten je nach Leistung 10 bis 16 Pf. pro Stunde mehr. — Für die in Bleistift- und Pinselfabriken beschäftigten Kollegen sind gleichfalls Teuerungszulagen erzielt worden: von 5 bis 15 Pf. pro Stunde für Arbeiter und 3 bis 10 Pf. pro Stunde für Arbeiterinnen. Akkordarbeiter erhalten diese Zulage jedoch nicht.

In Schlawe sind die Kollegen um Anerkennung des Reichstarifs in den Streik getreten. Die Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern zogen sich hin, und es war unzweifelhaft auf eine Verschleppung abgesehen.

In Schweinfurt wurde nach langwierigen Verhandlungen ein örtlicher Vertrag abgeschlossen, durch welchen der Mindestlohn für Arbeiter unter 21 Jahren auf 1,65 Mk., für ältere auf 2,15 Mk. festgesetzt wird. Verheiratete erhalten einen monatlichen Zuschuß von 15 Mk. Ferien werden nach einjähriger Beschäftigung drei Tage, nach zwei Jahren sechs Tage usw. gewährt.

In Stettin ist für die Korbmacher ein Vertrag bis 31. März 1920 zustande gekommen. Bei 47stündiger Arbeitszeit wird ein Lohn von 2,20 Mk. pro Stunde gezahlt. Akkordarbeiter erhalten auf die bisherigen Akkordpreise eine entsprechende Erhöhung. — Die Verhandlungen mit den Inhabern der Sägereibetriebe führten gleichfalls zu dem Abschluß eines Vertrages bis 15. Februar 1920, wonach die Lohnerhöhung 20 Pf. pro Stunde beträgt, so daß die Gatterschneider jetzt 2,10 Mk. und die Platzarbeiter 2 Mk. Stundenlohn erhalten.

In Warnemünde ist die Arbeit wiederaufgenommen worden. Die Kollegen begnügten sich mit einer Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde ab 22. November und mit weiteren 10 Pf. pro Stunde vom 1. Januar 1920 an. — In Rostock haben das die Kollegen abgelehnt, dort dauert der Streik also fort.

Aus der Holzindustrie.

Jakob Dichtelmüller gestorben.

Jakob Dichtelmüller, dessen Ableben uns gemeldet wird, ist öffentlich wenig hervorgetreten. Er gehörte zu der älteren Generation der Verbandsangestellten. Seine stille, aber fleißige Tätigkeit in der Verwaltung der Zahlstelle Stuttgart hatte den Blick auf ihn gelenkt, als zu Beginn des Jahres 1898 die Notwendigkeit eintrat, eine Hilfskraft im Verbandsbureau anzustellen. Hier widmete sich Dichtelmüller hauptsächlich dem Kassenwesen. Er wurde bald die rechte Hand des damaligen Hauptkassierers August Bohne, und auch dessen Nachfolger war er eine wertvolle Hilfe. Sein stilles, bescheidenes Wesen verschaffte ihm allgemeine Beliebtheit bei den Kollegen. Mit dem Hauptbureau war Dichtelmüller im Jahre 1908 von Stuttgart nach Berlin übergesiedelt. Hier überfiel ihn im Jahre 1913 eine schmerzhafte Krankheit. Lymphdrüsen-Tuberkulose sagten die Ärzte zunächst, später Tuberkulose der Knochen und Weichteile. Trotz schwerster körperlicher Beschwerden versuchte es Dichtelmüller immer wieder, seinen Dienst fortzusetzen, aber es war unmöglich. Er siechte dahin. Seine Hoffnung, daß er in der Heimat Linderung finden würde, war nicht ganz unbegründet. Er verlegte im Frühjahr 1916 seinen Wohnsitz nach Bad Mergentheim. Trotzdem er schwer unter der Krankheit zu leiden hatte, die unaufhaltsame Fortschritte machte, brachte er dem Verband fortgesetzt das lebhafteste Interesse entgegen. Es gelang ihm noch, in Mergentheim eine Zahlstelle ins Leben zu rufen, der er bis in die jüngste Zeit vorstand. Die Nachricht, daß Jakob Dichtelmüller am 19. November gestorben sei, hat uns nicht überrascht. Wir wußten, daß seine Krankheit unheilbar war; der Tod ist unserem Kollegen als ein Erlöser gekommen. Jakob Dichtelmüller hat nur ein Alter von 52 Jahren erreicht. Er hat sein Bestes hergegeben für die Entwicklung unseres Verbandes; sein Andenken wird in Ehren gehalten werden.

Die Lage des Bildhauerberufs.

Von allen kunstgewerblichen Berufen ist der Bildhauerberuf von der herrschenden Geschmacksrichtung des kaufkräftigen Publikums am meisten abhängig, die natürlich wiederum beeinflußt wird durch die Stil„mode“. Selbst in Zeiten allgemein günstiger Geschäftslage hatten die Bildhauer unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden. Die fortlaufende Arbeitslosenstatistik ist das Barometer, an dem der Auf- und Niedergang des Bildhauerberufs zu erkennen ist. Das hat sich nun völlig gewandelt, schon seit geraumer Zeit ist eine Hochkonjunktur in der Holzbildhauerei, wie wir sie noch nicht erlebt haben.

Doch zunächst einige Zahlen aus der Vergangenheit. Ende 1908 sind 992 Kollegen (Mitglieder des Zentralvereins der Bildhauer) als Arbeitslose unserer Zentrale gemeldet worden, davon waren 527 Holzbildhauer, 226 Steinbildhauer, 239 Modelleure bzw. Gipsbildhauer. Ende 1912 waren es 486 Arbeitslose, davon 238 Holzbildhauer, 102 Steinbildhauer, 146 Modelleure bzw. Gipsbildhauer. Die Mitgliederzahl des Zentralvereins hatte sich in der Zeit nicht wesentlich verändert, es waren noch nicht 4000.

Noch viel deutlicher ist die Geschäftslage im Beruf an den Ziffern unserer Stellenvermittlung zu erkennen. Im Jahre 1912 sind 2671 Stellen der Holzbranche, 139 der Steinbranche und 210 der Modellbranche gemeldet worden, davon wurden 2162 Stellen der Holzbranche, 104 der Steinbranche und 179 der Modellbranche örtlich besetzt, d. h. von den Verwaltungsstellen des Zentralvereins, wo die zu besetzenden Stellen einliefen. Die Stellen, die örtlich nicht besetzt werden konnten, wurden der Zentrale überwiesen. Bei dieser liefen im Jahre 1912 an Stellen ein: 465 der Holzbranche, 25 der Steinbranche, 31 der Modellbranche, von denen 258, 11 und 15 besetzt werden konnten.

Im Jahre 1914, zum Teil schon Kriegsjahr, konnten von 1993 eingegangenen Stellen (1837 Holzbildhauer, 81 Steinbildhauer, 75 Modelleure) 1593 örtlich besetzt werden (1447 Holzbildhauer, 76 Steinbildhauer, 70 Modelleure). Waren im ersten Halbjahr, noch Friedenszeit, 1491 Stellen eingegangen, so im zweiten Halbjahr nur noch 502 Stellen. Die Zentrale besetzte im ganzen Jahr 1914 176 Stellen der Holz-, 2 der Stein- und 4 der Modellbranche.

In den Kriegsjahren 1915 bis 1917 und im ersten Halbjahr 1918 lag der Bildhauerberuf völlig danieder, die Zahl der Ar-

beitslosen war, abgesehen von der Zeit gleich nach Ausbruch des Krieges, darum nicht groß, weil die meisten der nicht zum Heeresdienst Eingezogenen in der Kriegsindustrie beschäftigt waren. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 machte sich ein Wiederaufleben im Beruf bemerkbar, was sich sofort an der stärkeren Inanspruchnahme der Stellenvermittlung zeigte.

Die eigentliche Hochkonjunktur trat aber erst im Jahre 1919 ein, jedoch nur in der Holzbranche; die Baubranchen, die der Steinbildhauer und Modelleure liegen auch heute noch danieder, weil sie vom Baumarkt abhängig sind. Waren im ersten Quartal 1919 noch 33 Holzbildhauer aus ganz Deutschland arbeitslos gemeldet, so im zweiten Quartal kein einziger, und im dritten Quartal, dem letzten, für das wir als selbständige Organisation noch an das Reichsstatistische Amt berichteten, zwei Holzbildhauer.

Von den in den ersten drei Quartalen dieses Jahres eingegangenen Stellen der Holzbranche wurde noch nicht die Hälfte, und zwar 672, örtlich besetzt. Und die Zentrale konnte von 552 eingegangenen Stellen gar nur 48 besetzen. Es ist das eine arge Kalamität und kein gesunder beruflicher Zustand. Es handelt sich überwiegend um Qualitätsarbeit, und laufen fortgesetzt Schreiben von Firmen bei uns ein mit der dringenden Bitte um Besetzung der Stellen. So heißt es in einem dieser vor einigen Tagen eingegangenen Schreiben: „Ich komme leider mit meinen Bildhauerarbeiten nicht mit meiner Tischlerei mit und lasse zurzeit in Hannover, Wolfenbüttel, Braunschweig, Mittweida und verschiedenen anderen Städten arbeiten, und können Sie sich denken, welche Verzögerung durch die Versendung der Arbeiten und durch das Wiederherschicken eintritt. Zudem lassen sich die Arbeiten ja auch ganz anders kontrollieren und künstlerischer ausführen, wenn sie hier gemacht werden. Gearbeitet werden hauptsächlich wertvolle Büfetts und Kredenzen nach künstlerischem Entwurf." Hinzugefügt ist noch, daß die Fabrik neu gebaut ist, die Arbeitsräume hell und luftig und mit Zentralheizung versehen sind. Und in bezug auf die Lebensmittelversorgung heißt es, „daß dieselbe hier an dem kleinen Platz verhältnismäßig sehr günstig ist". Letzteres sowie die Wohnungsfrage spielen bei der Besetzung der Stellen heutzutage eine ganz andere Rolle als früher. Hinzu kommen noch die Verkehrsschwierigkeiten, so daß die Kollegen es sich sehr überlegen, ehe sie ihre bisherige Stellung mit einer anderen auswärtigen vertauschen. Und nur um solche Kollegen handelt es sich, da Arbeitslose, wie schon bemerkt, nicht vorhanden sind.

Die Löhne sind auch in den kleineren Orten wesentlich in die Höhe gegangen, aber alles das „zieht nicht". Die Kollegen bleiben lieber auf ihrer alten Stelle und suchen dort die Löhne weiter in die Höhe zu bringen.

Der Hauptübelstand liegt darin, daß das Kleinmeistertum dadurch gestärkt und durch Heimarbeit die gesetzlich und tariflich festgelegte Arbeitszeit durchbrochen wird. Es bedarf größter Anstrengungen, dem entgegenzuarbeiten und schlimme Folgen dieser Hochkonjunktur im Bildhauerberuf rechtzeitig zu verhüten. Das kann nur geschehen mit Hilfe der Organisation, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, und mögen alle Kollegen, die ihren Übertritt noch nicht vollzogen haben, daran erinnert sein, daß diese Frist mit Ende dieses Monats abläuft, vom 1. Dezember 1919 an werden sie als Neueintretende betrachtet.

P. Dupont.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften im Jahre 1918.

Die Generalkommission hat kürzlich die Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1918 veröffentlicht. Es liegt in der Natur der Sache, daß beim Erscheinen der Statistik die Verhältnisse, über die berichtet wird, eine Änderung erfahren haben. Die Umgestaltung der Gewerkschaften ist aber im laufenden Jahr so gründlich erfolgt, daß die Statistik für das Jahr 1918 nur noch historischen Wert besitzt. Der riesige Zustrom neuer Mitglieder, der das Jahr 1919 auszeichnet, hat schon im vierten Quartal 1918 begonnen; in diesem Vierteljahr ist, hauptsächlich wohl verursacht durch den Rückstrom der Kriegsteilnehmer, die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 1 463 877 auf 2 858 053 gestiegen. Daß aber das Wachstum der Organisationen nicht allein auf diese Ursache zurückzuführen war, beweist das Anschwellen der Zahl der weiblichen Mitglieder, die im vierten Quartal 1918 von 375 233 auf 657 002 stieg.

Vor dem Krieg war der höchste Mitgliederstand mit 2 578 608 am Schluß des zweiten Quartals 1913 erreicht worden. Dann trat im Gefolge der Wirtschaftskrise ein Rückgang ein, der aber in der ersten Hälfte des Jahres 1914 wieder einer aufsteigenden Entwicklung Platz gemacht hatte. Am Schluß des zweiten Quartals 1914 wurden 2 482 046 Mitglieder, darunter 214 017 weibliche, gezählt. Der dann infolge des Krieges einsetzende Rückgang erreichte am Schluß des Jahres 1916 den Tiefstand. Damals zählten die Gewerkschaften 934 834 Mitglieder, darunter 197 008 weibliche. Bei den weiblichen Mitgliedern war übrigens der Umschwung schon ein Jahr früher eingetreten. Am Schluß des Jahres 1915 waren 169 907 weibliche unter insgesamt 982 956 Gewerkschaftsmitgliedern gezählt worden.

Die Kassenumsätze der Gewerkschaften haben im Jahre 1918 eine bedeutende Steigerung erfahren. Die Gesamteinnahme aller Verbände betrug 59 550 912 Mk., die Gesamtausgabe 41 460 676 Mk. Der Vermögensbestand stieg auf 80 776 316 Mark, wobei jedoch der Vermögensbestand des Metallarbeiter-Verbandes, der hierüber keine Angaben macht, nicht mitgezählt ist. Ein näheres Eingehen auf die an sich recht interessanten Zahlen der Gewerkschaftsstatistik können wir uns ersparen. Erwähnt sei nur, daß in den angegebenen Zahlen die Daten für die Verbände der Hausangestellten, die am Jahresschluß 14 444 Mitglieder hatten, und der Landarbeiter mit 16 349 Mitgliedern nicht mit enthalten sind. Alle diese Zahlen sind aber inzwischen längst überholt.

Neben den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden, die jetzt den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bilden, kommen als Gewerkschaftsorganisationen nur noch die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Betracht. Diese bleiben aber nicht nur hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl, sondern auch mit ihren auf den Kopf des Mitgliedes berechneten Leistungen weit hinter den freien Gewerkschaften zurück. In der folgenden vergleichenden Übersicht ist für die freien und die christlichen Gewerkschaften die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt eingestellt. Bei den freien Gewerkschaften sind überdies die Landarbeiter und die Hausangestellten, für das Jahr 1917 auch die Eisenbahner, nicht mitgezählt.

	Mitgliederzahl 1917	Mitgliederzahl 1918	1918 Jahres-Einnahme Mk.	1918 Jahres-Ausgabe Mk.	1918 Vermög.-Bestand Mk.
Freie Gewerkschaften	1095596	1648313	59550912	41460676	80776316
H.-D. Gewerkvereine	79113	113792	2818635	2200743	2926162
Christl. Gewerkschaften	213365	404682	8725078	6284432	12444942

Hierzu ist zu bemerken, daß in dem Vermögensbestand der freien Gewerkschaften das Vermögen des Metallarbeiter-Verbandes nicht enthalten ist. In den Einnahmen und Ausgaben der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sind auch die Zahlen für deren selbständige Kranken- und Begräbniskassen mitgerechnet, dagegen ist im Vermögensbestand nur das eigentliche Gewerkvereinsvermögen enthalten, wovon in den Hauptkassen 2 547 106 Mk., in den Lokalkassen 370 056 Mk. stecken.

Die freien Gewerkschaften sind aber nicht nur in ihren absoluten Zahlen den anderen Gewerkschaftsrichtungen weit überlegen, ihre Überlegenheit tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn man ihre Leistungen betrachtet. Es verausgabten im Jahre 1918:

	für Unterstützungen und Rechtsschutz insges. Mk.	für Unterstützungen und Rechtsschutz pro Kopf Mk.	für Aussperrungen, Streiks- und Gemaßregelte insges. Mk.	für Aussperrungen, Streiks- und Gemaßregelte pro Kopf Mk.	für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung insges. Mk.	für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung pro Kopf Mk.
Freie Gewerkschaften	16188383	9,82	502283	0,30	2818243	1,65
H.-D. Gewerkvereine	111036	0,98	28406	0,25	59446	0,54
Christl. Gewerkschaften	1655026	4,09	89455	0,22	193621	0,73

Besser als lange Ausführungen zeigen diese kleinen Zusammenstellungen, daß der Schwerpunkt der deutschen Gewerkschaftsbewegung bei den freien Gewerkschaften liegt. Hier sind nicht nur die überragenden Mitgliederzahlen, die freien Gewerkschaften sind auch in der Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben um ein Vielfaches leistungsfähiger als die anderen Organisationen. So ist es bisher gewesen, und die Entwicklung des Jahres 1919 hat allem Anschein nach das Verhältnis noch weiter zugunsten der freien Gewerkschaften verschoben.

Graphischer Bund.

Ein wichtiger Schritt für den Zusammenschluß der Verbände der graphischen Berufe ist erfolgt durch die am 17. November vollzogene Gründung des Graphischen Bundes. Nach dem an diesem Tage zwischen den beteiligten Verbandsvorständen abgeschlossenen Vertrag schließen sich die Organisationen der Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buchbinder und Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter zu einem Graphischen Bund zusammen zur gemeinsamen Förderung und Wahrung beruflicher und gewerkschaftlicher Interessen und zu dem Zweck, die notwendigen Vorarbeiten zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auszuführen.

Als Voraussetzungen zur Erreichung dieses Zieles werden anerkannt:

a) der möglichst gleichartige innere Ausbau der beteiligten Organisationen;

b) der möglichst restlose Zusammenschluß aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren zuständigen Berufsorganisationen;

c) die Durchführung möglichst gleichartiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Als besondere Aufgabe bezeichnen die beteiligten Organisationen die Verständigung über die Regelung der Arbeitervertretungen für wirtschaftliche und sozialpolitische Tätigkeitsgebiete, die einheitlich für mehrere oder alle der beteiligten Organisationen durchgeführt werden können. (Betriebs- und Wirtschaftsräte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Schiedsgerichte usw.)

Die Geschäfte des Graphischen Bundes werden durch einen Vorstand erledigt. Bei wichtigen Angelegenheiten treten die Vorstände der Verbände in ihrer Gesamtheit zusammen. Zur Durchführung der Aufgaben des Graphischen Bundes werden überall örtliche Graphische Kartelle gebildet.

Eingesandt.

Eine Branchenkonferenz der Holzwollearbeiter.

Für die Holzwollebranche, die schon seit länger als zwanzig Jahren besteht und eine große Anzahl Kollegen und Kolleginnen unter den schlechtesten Verhältnissen beschäftigt, wäre es doch endlich einmal angebracht, eine Konferenz in die Wege zu leiten, um das Los der Arbeiterschaft zu bessern. Wir Holzwollearbeiter sind doch tatsächlich noch sehr weit zurück, und das besonders in manchen Gegenden. Vorteile, die andere Arbeiter längst genießen, sind für uns Zukunftsbilder. Gewiß wurde in verschiedenen Orten versucht, die Lage zu verbessern, doch einen bestimmten Leitfaden, allgemeine Richtlinien, vermissen wir. Die Tariffrage und so viele andere wichtigen Punkte wären zu erledigen. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, fordert die Branchenkonferenz der Holzarbeiter.

Hans Deeg (Rehau, Oberfranken).

Deutsche Aus- und Einfuhr.

In Nr. 43 der „Holzarbeiter-Zeitung" erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Die schweizerische Möbelindustrie gegen die deutsche Einfuhr." Der Artikel regt derartig zum Nachdenken an, daß es sich verlohnt, auf dessen Einzelheiten etwas näher einzugehen und zu untersuchen, auf welche Weise diese angebliche Schmutzkonkurrenz beseitigt werden kann. Es ist richtig, wenn der Verfasser sagt: die ganze Kalamität hänge aufs engste mit unserer Valuta zusammen. Jedoch kann ich mich mit ihm nicht einverstanden erklären, wenn er zuletzt meint, die Valuta selbst hänge zum großen Teil von der Intensität der deutschen Produktion ab. Zum Teil mag auch das zutreffen, jedoch aus der Welt geschafft wird dadurch die angebliche Schmutzkonkurrenz nicht. Es ist eigentlich ein Skandal, daß man heute im Ausland eben auf Grund der Valuta deutsche Waren zu Spottpreisen einkaufen kann, während der deutsche Arbeiter bei deren Herstellung kaum soviel verdient, daß er in der Lage ist, die Auslandslebensmittel zu kaufen. Die ganze Misere ist aber nun nicht etwa nur in der Möbelindustrie, sondern bei allen Produkten, die wir heute an das Ausland liefern müssen, wenn wir dafür Lebensmittel oder Rohstoffe haben wollen.

Beides brauchen wir aber nun dringend, wird jedoch das, was der schweizerische Industriellenverband verlangt, nämlich die Einfuhr für deutsche Waren zu sperren, zur Tatsache, so ist uns damit wahrhaftig nicht gedient, denn dadurch würde die Valuta wohl kaum gehoben, und es hätte nur zur Folge, daß andere Staaten dieselbe Maßregel ergreifen würden. Ich bin nun der Meinung, daß diese ganze Kalamität dadurch aus der Welt geschafft werden könnte, daß eine Reichsstelle oder so etwas Ähnliches geschaffen würde, welche alle, aber auch alle Produkte, welche für das Ausland bestimmt sind, vermittelt. Die betreffende Stelle hätte die Aufgabe, dem Erzeuger das Produkt so zu bezahlen, wie es der deutsche Markt bedingt. Sodann müßte mittels der Valuta der Preis errechnet werden, den dasselbe Produkt zurzeit im Ausland kostet. Zu diesem errechneten Preis würden dann die Erzeugnisse an das Ausland vermittelt. Der dadurch erzielte Gewinn, es würde ein ganz erheblicher sein, müßte dann dazu verwendet werden, ausländische Lebensmittel und Rohstoffe entsprechend zu verbilligen. Dann wäre es nicht mehr möglich, daß unsere Waren ans Ausland verschleudert würden, woran wir als Arbeiter absolut kein Interesse haben, und ferner brauchten wir unsere Auslandslebensmittel nicht so horrend zu bezahlen.

Es dürfte die Aufgabe des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sein, dieses Problem entsprechend zu erweitern. Bei der heutigen Überlastung aller Regierungsstellen dürfte es nur begrüßt werden, wenn bereits wohldurchdachte Vorschläge der Regierung dann übermittelt würden. Es wäre dies gleichfalls ein Schritt zur Sozialisierung, welcher doch wohl ohne Gefahr und nur im Interesse der großen Masse und zugleich der Industrie unternommen werden könnte. Es ist möglich, daß auch dieser Weg Schwierigkeiten macht, von denen ich mir als Arbeiter gegenwärtig keine Vorstellung mache, aber dennoch muß irgend etwas geschehen. Auf eine Hebung unserer Valuta auf die alte Höhe ist doch nach menschlichem Ermessen in absehbarer Zeit nicht zu denken, und wir als Arbeiter haben nicht das geringste Interesse und auch keine Lust, uns zu schinden, damit unsere Erzeugnisse, woran unser Schweiß klebt, für ein Sündengeld an das Ausland geliefert werden.

Bruno Meyer (Brand-Erbisdorf).

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO.16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Arbeitsrationalisierung. Von Dr. Ing. Johannes Riedel. Heft 2 der Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Verlag von Zahn u. Jaensch, Dresden. Preis 2,50 Mk.

Die „Veröffentlichungen", für welche Max Schippel als Schriftleiter zeichnet, tragen, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, keinerlei amtlich-verbindlichen Charakter, sie sollen in freier Aussprache zur Erörterung und Klärung wirtschaftlich-sozialer Probleme beitragen. Das vorliegende Heft gehört zu der Literatur über das Taylorsystem. Dieses hat bekanntlich zwei Seiten. Von seinen Kritikern wird meist nur das Moment in den Vordergrund gerückt, daß die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung ein Mittel ist, die Arbeitskraft auf das äußerste auszunutzen. Wo das System von Privatkapitalisten eingeführt wurde, war diese Seite auch vornehmlich das treibende Moment. Das hat das Taylorsystem in einen schlechten Ruf gebracht. Es hat aber auch eine andere Seite. Taylor lehrt, daß die Arbeit um so ergiebiger ist, wenn sie nach Methoden und mit Werkzeugen ausgeführt wird, welche mit dem mindesten Aufwand von Kraft die höchste Leistung ermöglichen. Das heißt die Rationalisierung der Arbeit. Mit dieser Frage beschäftigt sich die vorliegende Schrift, die aufmerksame Beachtung verdient.

Praktische Lohntabellen für alle Betriebe mit Akkord-, Stück- und Zeitlöhnen. Für Beträge von 2 bis 400 Pf., Heller, Centimes, Kopeken, Öre, Cents und für die Zeit von 1 bis 120 Stunden, auch für ein viertel, halbe und drei viertel Stunden. Von Otto Hartleib. Verlag von Alfred Unger, Berlin. Zwei Bände. Band 1 von 2 bis 200 Pf., Band 2 von 201 bis 400 Pfennig. Preis des ersten Bandes 9,80 Mk., des zweiten Bandes 10,80 Mk., je mit 10 Prozent Teurungszuschlag.

Diese Tabellen ermöglichen es, ohne weiteres den Lohnbetrag für jede beliebige Stundenzahl und für jeden Lohnsatz abzulesen.

Die Plastik. Illustrierte Zeitschrift für die gesamte Bildhauerei und Bildnerei und ihre Beziehungen zur Architektur und Kunstgewerbe. Verlag von G. D. W. Callwey in München. Erscheint monatlich, jedes Heft enthält 8 Seiten und 8 Bildtafeln. Vierteljährlich 4 Mk., einzelne Hefte 1,50 Mk.

Kann der Sozialismus uns retten? Von Dr. Max Lohan. Verlag der Kulturliga, G. m. b. H., Berlin W. 35. Preis 80 Pf.

Bürgertum und Revolution. Von Dr. Erwin Stolper. Verlag der Kulturliga, G. m. b. H., Berlin W. 35. Preis 1 Mk.

Die Entlarvung der „deutsch-bolschewistischen Verschwörung". Mit einem Vorwort von Philipp Scheidemann. Herausgegeben von Dr. Ernst Bischoff. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 1,25 Mk.

Gestorbene Mitglieder:

Chemnitz. Wilhelm Drebwitz, Sägereiarb., 65 J. — Johann Heidel, Modelltischler, 55 J. — Martin Hilmer, Maschinenarbeiter, 44 J. — Dominick Illichmann, Tischler, 33 J. — P. Artur John, Tischler, 45 J. — Hermann Kaßner, Tischler, 38 J. — Bernhard Löwe, Tischler, 55 J. — Hermann Schliebe, Fabrikzimmerer, 53 J. — Franz Steininger, Bürstenarbeiter, 21 J. — Oswald Uhlig, Tischler, 38 J.
Cunnersdorf. Rich. Thalheim.
Grünberg (Schlef.). Willi Hoffmann, 37 J.
Nowawes. Johs. Weihzenborn, 57 J.

Ehre ihrem Andenken!

Albin Hälßig, Tischler aus Waldheim, wird gesucht. Er ist angeblich in Berlin. Seine Adresse bitte zu senden an Zahlstelle Waldheim, Sachsen. Karl Lippmann, Niedermarkt 27.

Kollege Wirges, zuletzt in Remscheid bei Kirchner beschäftigt, wird gebeten, seine Adresse zu senden an Zahlstelle Remscheid, Rudolf Uebel, Stockderstraße 83.

Bruno Heim aus Walbau, **Krannich, Klaban Lath,** Kameratischler, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten. Paul Tzschachmann, Freiburg (Bad.), Katharinenstr. 15.

Anzeigen der Zahlstellen

Chemnitz. Lokalbeamter gesucht. Wir suchen an Stelle des bisherigen Kassierers, der als Arbeitersekretär gewählt ist, einen zweiten Beamten. Hauptaufgaben sind: die selbständige Führung der Kassengeschäfte, rednerische und organisatorische Befähigung. Bedingung: fünfjährige Verbandszugehörigkeit. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages. Bewerbungen sind unter Angabe des Alters, der bisherigen Tätigkeit in der Gewerkschaft und der Parteizugehörigkeit bis 8. Dezember mit der Aufschrift „Bewerbung" an die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes Chemnitz, Dresdener Straße 38, I, zu richten.

Bezirk Coblenz. Zum Bezirksleiter wurde der Kollege Gg. Eckerlein, Neuwied, gewählt. Allen Bewerbern für ihre Bemühungen besten Dank. J. A.: Chr. Söll.

Emmerich a. Rh. Die Mitgliederversammlungen unserer Zahlstelle finden statt jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr, bei Fritz Heining, Kaßstraße. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen pünktlich zu erscheinen.

Tüchtige Möbeltischler werden gesucht. Niedersächsische Möbelfabrik, Mündera. Deist.

Tüchtige **Möbeltischler** auf furnierte Möbel von moderneingerichteter Möbelfabrik für dauernd gesucht. — Lohn nach Tarif. — Kost- und Logisverhältnisse sind günstig. **Alexander Schwarz,** Möbelfabrik, Themar (Thür.).

Tischler auf Möbel nach Zeichnung bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung suchen **Werkstätten für angewandte Kunst A. Steiniger & Co., K.-G., Hemelingen bei Bremen.**

Gelernte Möbeltischler werden für dauernde Beschäftigung gesucht. **Sachsawerke G. m. b. H., Holzbetrieb Herzberg,** vorm. H. W. Kiene.

Tischlergesellen auf weiße Möbel, Stundenlohn bis 2,50 Mark, stellt ein **Otto Hasse, Freienwalde a. d. Oder.**

Zwei tücht. **Möbeltischler** b. hohem Lohn, Kost u. Logis f. A. Keehfuß, Tischlermeister, **Hedmersleben,** Kr. Wanzleben.

Tüchtige **Tischler** stellt zum Tariflohn sofort ein **Albin Thurm,** Kunstmöbel-Werkstätten, **Triebes** (Reuß).

Möbelschreiner stellt ein Bureaumöbelfabrik **Wilh. Plies Nachf., Remscheid.**

Mehrere **Tischler** für bessere furnierte Arbeiten, Herren- u. Speisezimmer, und Innenausbau, stellt bei höchstem Tariflohn für dauernd ein **Wilh. Harre,** Kunstwerkstätten, **Holzwickede, Westfalen.**

Neue Möbelfabrik sucht zum 1. Dezember **tüchtige Möbelschreiner** für weiße und polierte Arbeit, dauernde Beschäftigung, ferner **Polierer, Lackierer, Furnierer** sowie tüchtige **Maschinenarbeiter.** Für Unverheiratete Wohnung in der Fabrik. **Trockenwerke Dr. Winkler, Worms a. Rh.**

Tüchtige Möbelschreiner

für erstklassige furnierte Arbeiten finden sofort bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Reisespesen werden nach drei Monaten vergütet. Ausführliche Zuschriften an **A. Riedinger, Ballonfabrik Augsburg, A.-G.,** Abteilung Möbelbau.

Tücht. **Schreiner** (Kriegsinvaliden) zum Zusammensetzen v. Küchengeräte-Garnituren f. sofort **G. Hommel,** Holzwarenfbr. u. Sägewerk, **Göppingen** i. Württbg.

Tüchtige **Tischler** für Bank- und Maschinenarbeit bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn sofort gesucht. **Carl Hauptknecht,** Möbelfbr., **Sondershausen.**

Tüchtige **Tischler** f. fein. Möbel u. Innenausbau in Dauerstellung ges. **Gebrüder Jacobs,** Möbelfabrik, **Elberfeld.**

Tüchtige Möbelschreiner für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Freie Reise- und Umzugsvergütung. Möbelfabrik **Gg. Ehrhardt & Söhne, Darmstadt,** Feldbergstraße 36.

Tücht. Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung (gute Kost und Logis). **Franz Golzke Nchfl.,** Tischlerei m. Kraftbetrieb, **Gr.-Räschen, N.-L.**

10 Tischlergesellen, Durchschnittsakkordlohn 2,80 Mark, 1 **Maschinenarbeiter** stellen noch ein **Meyers Erben,** Möbelfabrik, **Stavenhagen.**

Tüchtige **Tischler,** nur saub. Arbeiter, f. furn. Möbel stellt ein Trebsener **Möbelfabrik, Trebsen** (Bezirk Leipzig).

Tücht. Bautischler finden dauernde Beschäftigung (Stundenlohn 2 Mk. und Teuerungszulage) bei **Herm. Kaiser,** Tischl. m. Kraftbetr., **Gr.-Räschen, N.-L.**

Städtisches Arbeitsamt Magdeburg, Vermittlungsstelle für Holzarbeiter, Breiteweg 232a, Fernruf 7771. Gesucht werden: 10 bessere **Möbeltischler,** 10 **Fabriktischler,** 10 **Fabrikstellmacher,** 4 **Kastenmacher,** 5 perf. **Maschinenarbeiter.** Berücksichtigt können nur **Ledige** werden, da für Verheiratete Wohnungen nicht beschafft werden können.

Tücht. Möbelschreiner gesucht. Bezahl. n. Tarif. Für Verpfl. und Wohnung sind wir besorgt. **Kammerer & Stiegler,** Möbelfabrik, **Wolfach** i. Baden.

2 tüchtige Tischler auf furnierte Schlafzimmer werden gesucht. Dauernde Arbeit, billige Verpflegungsverhältnisse. **Paul Ellmer, Lehesten i. Thüringen.**

2–3 tüchtige Möbeltischler für sofort gesucht. **H. Wöhlert, Ludwigslust in Mecklenburg.**

Möbeltischler für dauernd bei hohem Lohn gesucht. Kost und Logis im Hause. **Bellin, Schönhausen a. d. Elbe.**

2–3 erfahrene Möbeltischler, solche auf Kontormöbel eingearbeitet, bevorzugt, für dauernde Arbeit gesucht. Rheinische Kontormöbelfabrik **Emil Eichholz, Barmen-Wichlinghausen.**

Tücht. Hutformentischler werden gesucht. **Jean Bergen, Frankfurt a. Main-West,** Jordanstraße 74.

Für ein neuaufzustellendes 75er Vollgatter suche ich für dauernd einen durchaus tüchtigen, erfahrenen **Gatterschneider.** Antritt möglichst 1. Januar. Freie Wohnung vorhanden. Nur nachweisbar erste Kraft wolle sich melden. **Hans Weinrebe,** Sägewerk, **Gernrode** am Harz.

1 tüchtiger selbständig. **Fräser** für doppelspindlige Fräsmaschine für dauernde und gutbezahlte Stellung per sofort gesucht. Desgleichen ein **Kreissäger** für Tischlerkreissäge. **Fr. Schäfer,** Stuhl- und Möbelfabrik, **Tübingen** (Württemberg).

Ein tücht. **Feinsäger,** ein Zurichter, zwei bis drei Schreiner, zum sof. Eintritt gesucht (für Telephongehäuse und ähnlich.). **Schwarzwälder Holzwarenfabrik, Kamitz & Straß, Furtwangen** (Schwarzw.).

Tüchtiger **Facharbeiter** für Absatzkopiermaschinen sofort gesucht. Gräfl. Arco-Zinneberg'sche Holzwerke, **Stein** an der Traun in Bayern.

Tücht. Beizer und Polierer stellt für dauernd ein **Curt Siebert,** Möbelfbr., **Rastenburg** (Ostpr.).

Selbständige **Beizer und Fertigmacher** zu sofortigem Eintritt gesucht. **Markstahler & Barth,** Möbelfbr., **Karlsruhe** i. B., Karlstr. 67.

Tücht. **Beizer und Polierer** für bessere Arbeiten sofort gesucht, Stundenl. 3 Mk. Näheres Zahlstelle **Sonderburg** auf Alsen, Goethestraße Nr. 12.

Einige tücht. **Stockpolierer** finden sof. dauernde Arbeit in einer süddeutschen Stockfabrik. **Adolf Marquardt,** Stockfabrik, **Heilbronn a. Neckar,** Auftraße 4.

Tüchtige **Stockarbeiter,** Einleger, Raspler, Polierer, werden nach der Schweiz als Vorarbeiter gesucht. **Stockfabrik Minerva A.-G., Hönigen,** Kt. Bern.

Ein junger **Pfeifen- und Stockdrechsler,** der sämtliche vorkommenden Arbeiten auf Horn und Holz selbständig, rasch u. pünktlich erledigen kann, findet bei gutem Lohn sofort dauernde Beschäftigung in einer süddeutschen Stockfabrik. **Adolf Marquardt,** Stockfabrik in Heilbronn a. Neckar, Auftraße 4.

Meister, der sämtliche in der Spazier- und Schirmstockbranche vorkommenden Arbeiten von Grund aus genau kennt und imstande ist, den Arbeitern durch praktische Mitarbeit die richtige Anleitung zu geben, der außerdem Talent besitzt, neue Muster zu entwerfen, findet sofort bei hoh. Lohn Dauerstellung in einer süddeutschen Stockfabrik. Näh. unt. **G. L. 470** durch die Exped. d. Zeitung.

Gummidrechsler auf Füllfederhalter, tadellos eingearbeitet, sofort gesucht. **Siebert & Löwen, Elberfeld.**

Tüchtige **Ovalrahmen-Vergolder** finden bei hoh. Lohn dauernde Beschäftigung. Rahmenfabrik **Heise, Hannover,** Ludwigstraße 21.

Tüchtiger selbständiger **Drechsler** für sofort oder später gesucht. **Wilhelm Meine, Bielefeld,** Am Damm 10.

Vergoldergehilfen für dauernde Stellung, evtl. auch nach Weihnachten, gesucht. **Christoph & Renner, Dresden,** Waisenhausstraße 4.

Tücht. Kastenmacher u. Kastenhelfer für unseren neuen erweiterten Betrieb gegen hohen Lohn gesucht. Für letztere ist reichlich Gelegenheit zur weiteren Ausbildung vorhanden. Ferner suchen wir eine energische Persönlichkeit, die eventuell die Stelle eines **Meisters** übernehmen würde. **Schubert & Hohgräbe, Magdeburg-Sudenburg,** Ambrosiusplatz 4, Karosserie- und Wagenbau.

Für Mannheim werden 10 bis 15 selbständ. **Kastenmacher** für eine größere Automobilfabrik gesucht. Der tarifliche Mindestlohn beträgt für über 25 Jahre alte Arbeiter 3,40 M. die Stunde. Nur durchaus selbständige Kastenmacher wollen sich mit Zeugnisabschriften an das **Städt. Arbeitsamt in Mannheim N. 6. 4,** Zimmer 6, wenden.

Stellmacher (Kastenmacher) stellt noch ein **Karosserie u. Wagenbau G. m. b. H., Wernigerode** am Harz.

Korbmacher auf Weidenmöbel f. dauernd werden eingestellt. Stundenlohn 2,— bis 2,50 Mark. Korbmöbelfabrik **Herm. Grahl, Werder a. H.,** Baderstraße 57.

8–10 Korbmacher auf Grüngeschlagenes u. Mattarbeit werden für sofort gesucht. **Alexander Rudolph Nachf., Chemnitz,** Annaberger Straße 100.

Gesucht wirkl. tüchtige **Gestellarbeiter** auf Peddigrohrmöbel. **Jac. Kahlke, Glückstadt** in Holstein.

1 Bürstenmacher gesucht für dauernde Stelle, gegen guten Lohn. **Gattl. Theegarten, Barmen-R.,** Wilhelmstr. 13.

Zwei tüchtige **Bürstenhölzerbohrer** sowie ein Kreis- und Bandsägeschneider f. sof. ges. bei dauernd. Beschäftigung. Anfrag. sind zu richten an die Zahlstelle **Heidelberg,** Joh. Brunner, Römerstr. 76.

Bürstenmacher zum Einziehen und Pechen gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht. Nur Leute mit hohen Leistungen wollen sich melden. **C. L. Barthel, Frankfurt a. M.-West.**

Unverheiratet. **Facharbeiter für Holzabsätze** gesucht. Gräfl. Arco-Zinneberg'sche Holzwerke, **Stein** an der Traun in Bayern.

Gewehrgranatenkisten,
komplett mit Scharnieren und Verschlüssen, 33×33×16 cm Lichtmaße, 1,5 cm Holzstärke mit 2 hölzernen Tragleisten und starken Holzversteifungen, Scharnierdeckel mit 2 plombierbaren Excenterverschlüssen, 15 000 Stück äußerst preiswert abzugeben. Nachzufragen bei **Carl Rüttger,** Motorpflug- und Lokomotivbau, **Berlin-Hohenschönhausen.**

Otto Bergmann, Berlin SO, Oppelner Str. 31
Schinder, 52 mm Eisenbr., Stck. 2,25 M.
Ziehklingen-Hobel, 70 mm Eisenbr., Stück **7,—** M.
Abziehsteine mit Garantie, Ia, Stck. 6,— M.

Bankhaken
für
Stellmacher- und Hobelbänke
liefern
Wolfsdorf & Haase,
Eisenwarenfabrik
Haynau in Schlesien

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schatullen
Maxim. Weiß, Leipzig 3.

Sportschlitten-Kufen!
Esche, gebogen, prima Ware.

100	120	140	160 cm Holzlänge
10,—	11,75	13,—	15,— Mk. per Paar,

bis 200 cm lieferbar; ab Dresden.
Max Walther, Dresden 22
Rehefelder Straße 51 :: Fernsprecher 28767.

Ia Mattine, konz.
zum Verdünnen mit Spiritus p. Ltr. 18 Mk.
Dekorationslack u. Möbellack
(Oellack, hell) . . . . . p. kg 18 Mk.
Polleröl, goldgelb . . . . . p. Ltr. 6,50 Mk.
Spiritus-Copallack, hell
(Friedensqualität) . . . p. kg 21 Mk.
Probekannen v. 3 u. 2½ kg bzw. Ltr. Inhalt geg. Nachn.
Chemische Fabrik **Rud. Oehlke, Berlin SO 116,**
Lübbenerstrasse 1. Telephon: Moritzpl. 1709.

Alles zur Laubsägerei
Kerbschnitt, Holzbrand, liefert billigst
J. L. HAHN, Maxdorf 11 i. d. Pfalz
Postscheck-Konto: Ludwigshafen a. Rh. 1999
Katalog liefere für 80 Pf. franko.

Ziehklingen-Hobel tausendfach bewährt,
St. 7,75 Mk., 6-St.-Postpaket 45,00 Mk. Schinder: St. 2,75 Mk., Dutzend 24,00 Mk. Ziehklingen Ia. Stahl (Sägeblatt) in allen Breiten liefert
Max Walther, Dresden 22 Rehefelder Straße 51.
Alle Sendungen von 6 Stück an **franko!**
: : : Verpackung wird nicht berechnet. : : :

Schlagmetall, Anlegeöl, Leim, Schellack, Spiritus kauft ständig **Winklers Farbenhandlg., Berlin SO 36,** Reichenberger Strasse 120.

Holzkitt, Schellackkitt und Wachskitt in diversen Farben, 1 Kilo 16,80 Mk. ab Frankfurt a. M. Die besten Mittel, schadhafte Stellen in Holz auszubessern. (Nur mit heissem Eisen einbrennen.) **Dreherpech,** 1 Kilo 9,50 Mk., empf. **J. Nißen, Frankfurt a. Main,** Rohrbachstrasse 53.

Patent - Broschüre über »Selbst-Anmeldung« gratis von K. Berbig, Hannover, Rellwallstraße 5 A. Auch Firmen sehr empfehlenswert.

Fachschule Cöthen / Abt. Stellmacher.
Nächster Kastenmacherkursus
3. Ausb. für Meister, Werkmstr., Kastenmacher beginnt am 1. Januar n. J. — — Prospekt frei.

Lehrwerkstätte
Holzschnitzschule Warmbrunn
Fachschule für Holzbildhauer, Tischler und Möbelzeichner.
Werkstattbetrieb.
Vervollkommnung von Gehilfen, Ausbildung von Lehrlingen (Gehilfenprüfung in der Anstalt), Wohnsäle, Anstaltsküche. Billige Wohnung u. Beköstigung. **Direktor Hüllweck.**

Tischlerfachschule Ilmenau i. Thür.
Ausbildung schnell und gründlich!
Auskunft erteilt gern die Direktion.

TECHNISCHE AUSBILDUNG
ohne Berufsunterbrechung ermöglicht die
Tischler-Fachschule Detmold
durch ihre neueingerichteten Abendkurse
— Arbeitsgelegenheiten sind vorhanden —
Auskunft erteilt DIE DIREKTION

Tischlerschule Blankenburg *(Harz)*
Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung
Programm frei — Dir. REINBKING

Tischler-Fachschule Detmold
Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen
Beschickt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolscher

Ein praktisches Weihnachtsgeschenk

für jeden Lehrling und Gesellen ist jedes grundlegende Werk aus der Fachliteratur oder ein Jahresabonnement einer Fachzeitschrift. Als solche empfehlen wir den Kollegen das vom Verband herausgegebene

„Fachblatt für Holzarbeiter"

das nun seinen 15. Jahrgang beginnt und für 9,60 Mk. im Jahr, 2,40 Mk. im Vierteljahr, bei allen Zahlstellen des Verbandes zu haben ist. Postabonnements kosten viertelj. 3 Mk.

Alle Werke der Fachliteratur und unterhaltenden Literatur können beim unterzeichneten Verlag bezogen werden. Verzeichnisse kostenfrei. Bestellungen auf Bücher für Weihnachten müssen alsbald erfolgen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
Berlin SO. 16 ◆ ◆ ◆ Am Köllnischen Park 2.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. in Berlin SO. 16.